

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 10.

Sonnabend, den 11. März 1911.

15. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. —  
Massen und Führer. — Armenunterstützung und öffentliche  
Rechte. — Die kommende Bauzeit. — Der Steinmarkt ist be-  
lebt. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — All-  
gemeine Bekanntmachungen. — Neue Zahlstelle. — Adressen-  
änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

**Beilage:** Pfastersteinsollrummel. IX. (Schlußbetrachtung).  
— Die Wandlung der christlichen Gewerkschaftstaktik. I. — Aus  
dem Verbandsleben. — Schöner Erfolg. — Korrespondenzen. —  
Literarisches. — Feuilleton: Baukünstlerische Imitationen.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist  
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende  
Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperzt sind:** Demitz-Thumitz: Die Firmen Eisold  
und Döde & Forke. — Balduinstein: Zementfabrik  
Hemminge. — Dresden: Granitwerk Keil & Komp.  
— Eschershausen: Plaz Rüsthardt. — Holzen:  
Hils Dolomit- und Kalkwerk. — Kottenheim (Rhein-  
land): Firma Kornelius Fidel. — Ettringen bei  
Magen (Rheinland): Firma Gebr. Ott. — Granit-  
bezirk an der Bergstraße (Odenwald). — Lauf-  
amholz (Bruchbetrieb): Firma Lachner. — Rein-  
heim: Die Firma Dyckerhoff & Neumann, Bruch-  
betrieb in Lichtenberg (Odenwald).

**Oberdorf.** Seit 1. März befinden sich 45 Brecher der  
Firma Hoffsteinmehlemeister Schilling im Ausstand.  
Die Firma bewilligte wohl einen Zuschlag von 5 resp.  
8 Prozent auf den jetzigen Tarif, sie verweigert aber  
bei den schlechten Bruchstellen die Weiterzahlung des  
Stundenlohnes, was gegen früher als eine bedeutende  
Verschlechterung angesehen werden muß. Beispiels-  
weise mußten in einer Woche bei einer Kolonne  
58 Mark darauf gezahlt werden, um den Stundenlohn  
zu erreichen.

**Mühlhausen in Thür.** Der Tarif für Steinmehlen wurde  
mit einigen Verbesserungen auf weitere 3 Jahre ab-  
geschlossen.

**Aue.** Die Steinarbeiter stehen seit 1. März im Streik.  
Die Unternehmer lehnten eine weitere Verhandlung,  
welche durch Gauleiter Jahn versucht wurde, ab, weil  
der Vorsitzende der Unternehmer verweist war. Bis  
jetzt kommen 80 Kollegen in Betracht. Die anderen  
stehen noch in Kündigung.

**Metten.** Die Differenzen bei der Firma Gebrüder  
Steininger sind zu unseren vollen Gunsten erledigt.  
St. zog es vor, vor der Tagung des Schiedsgerichts  
die strittige Position nachzubehalten. Auch übernahm  
St. die bereits erwachsenen Kosten.

**Weinsberg und Schw.-Hall.** Mit der Firma Burrel  
konnte ein Tarif abgeschlossen werden. Allerdings  
mußten unsere Kollegen zuerst die Arbeit niederlegen.  
Der Tarif gilt für 42 Kollegen.

**Reichenbach.** Der Streik der Granitarbeiter bei der  
Firma Deutsche Steinindustrie dauert ungeschwächt  
weiter. Steinmehlen und Schleifer haben Zugang fern-  
zuhalten.

**Bederwitz bei Cunewalde.** Die Kollegen der Firma  
H. Baken haben am 1. Februar den Tarif gekündigt.  
Die Annahme des neuen Tarifes wurde vom Firmen-  
inhaber verweigert.

**Marktzeuthen.** Wegen Lohnunterschieden haben am 23. Fe-  
bruar die Kollegen des Granitwerks Bibernberg die  
Arbeit niedergelegt.

**Erfurt.** Die eingereichten Forderungen auf den ge-  
kündigten Tarif, der mit dem 1. März sein Ende er-  
reichte, werden von den Unternehmern C. Walther  
und C. A. Merckels Nachfg. strikte abgelehnt. Die  
reisenden Kollegen wollen dieses beachten.

**Leipzig.** Die Granitarbeiter stehen in Lohnbewegung.  
Die in Frage kommenden Unternehmer haben sich bis-  
her nicht geäußert. Kollegen, die auf Arbeit am Ort  
reflektieren, haben sich vorher beim Vertrauensmann  
zu melden.

**Bad Müling.** Hier wurde ein neuer Tarif vereinbart.  
Die Stundenlöhne sind um 4 Pfg. aufgebessert. Für  
die Akkordarbeiten wird der Tarif von Kiefersfelden  
zugrunde gelegt.

**Ochsenfurt.** In beiden Muscheltalk-Betrieben der Firma  
Krämer sen. legten am 11. Februar die Steinmehlen,  
Bosfrierer und Hilfsarbeiter wegen fortgesetzter Um-  
gehung des Tarifs durch den Polier Peter, die Arbeit  
nieder. Durch Verhandlungen vom 18. Februar ist  
den Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen. Die  
Arbeit ist wieder aufgenommen.

**Jena.** Mit der Firma Konradus, Granitwerk, wurde  
der Tarifvertrag mit einigen Verbesserungen auf 2  
Jahre abgeschlossen.

**Wöbau.** Die Tarifverhandlungen der Steinmehlen bei  
den Granit-Firmen Kloss, Rumpf und Scharf sind  
günstig verlaufen.

**Gesperzt sind:** Böhmen: Karlsbad. — Steiermark:  
Die Firma Schrödl wegen Tarifbruch. — Oester-  
reichisch-Schlesien: Von der Genossenschaft der Stein-  
industriellen, welcher die Betriebe in den Orten Friede-  
berg, Klein-Krosse, Rotwasser, Sehdorf und Schwarz-  
wasser angehören, wurde der Lohnarif gekündigt; es  
kommen 1293 Arbeiter in Betracht. — Kroatien: In  
Agram allgemeiner Streik. — Schweiz: Basel, Kunst-  
steinfabrik Urbani.

## Massen und Führer.

Es gewinnt den Anschein, als wäre es einigen sozial-  
demokratischen Heißspornen nicht angenehm, daß in den  
letzten Jahren die Gewerkschaften eine recht enorme Zu-  
nahme und innere Stärkung erfahren haben. Ein Partei-  
theoretiker, der das Gewerkschaftswesen nur aus der  
Vogelschau studiert hat, hat nämlich entdeckt, daß von den  
leitenden Gewerkschaftskreisen die demokratischen Grund-  
sätze, welche für die Massen maßgebend sein sollten, schände  
ignoriert werden. Und wenn den Massen mit rhetorischer  
Geschicklichkeit und demagogischen Kniffen gesagt wird,  
wie selbstherrlich die Gewerkschaftsleitungen die Ver-  
bandsangelegenheiten ordnen, so findet sich sofort die nötige  
Anhängerschaft, welche den Gewerkschaftsangehörigen  
autokratisches Schalten und Walten vorwirft. — Diese  
Insultationen wurden längere Zeit hindurch still-  
schweigend hingenommen. Aber das Maß der Gutmütig-  
keit in der Gewerkschaftspresse scheint erfreulicherweise  
endlich einmal überzulaufen, und einige Verbandsorgane  
haben insbesondere die Angriffe des Genossen Dr. phil.  
Pannekoek (Bremen) mit aller Entschiedenheit zurück-  
gewiesen, wie es die Selbstachtung der Gewerkschaften  
auch gebietet. Was die betreffenden Organe in dieser  
Frage ausführten, teilen wir vollständig, und begreifen es  
weiter, daß ein genauer Kenner des deutschen Gewerks-  
chaftswesens, Genosse von Elm (Hamburg), über das  
Thema: Massen und Führer, im „Korrespondenz-  
blatt“ zwei äußerst interessante Artikel schrieb. Die  
Materie ist so wichtig, daß wir den zweiten Elm'schen  
Artikel beinahe vollständig zum Abdruck bringen.  
v. Elm schreibt:

Es ist geradezu schandbar, daß es in der Partei noch Leute  
gibt, die, wenn die Gewerkschaftsführer mit Mitgliedern in Kon-  
flikt geraten, die der Gewerkschaft erst verhältnismäßig kurze  
Zeit angehören und ihr vielleicht wieder den Rücken kehren, wenn  
die Lohnbewegung vorüber ist, dann von „erfreulichen Symp-  
tomen“, von dem „echten revolutionären proletarischen Empfinden  
der Massen“ und von der „Berständnislosigkeit der „revisionisti-  
schen“ Gewerkschaftsführer“ fesseln. Zum Teufel auch — der von  
solchen Elementen geplante Beutezug auf das von den alt-  
bewährten Mitgliedern der Gewerkschaft angesammelte Vermögen  
ist alles andre — nur nicht revolutionär. Reaktionäre finds,  
denn sie würden, wenn man sie gewähren ließe, in kurzer Frist  
niederreißen, was andre in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit  
aufgebaut haben.

Revolutionär ist, wer den Aufbau der Organisationen der  
Arbeiter fördert, denn ohne sie ist eine Revolutionierung der  
Verhältnisse unmöglich. Vor der Fälligkeit, mit unorganisierten  
Massen Revolutionen machen zu wollen, können die deutschen  
Arbeiter nicht eindringlich genug gewarnt werden; mit dem Re-  
volver in der Hand bleibende Erfolge auf wirtschaftlichem Ge-  
biet schaffen zu wollen, ist die Torheit phantastischer, unreifer  
Köpfe, die von den Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung  
keine blasse Ahnung haben. Wenn die russische Revolution etwas  
bewiesen hat, dann die aus den Ereignissen in Rußland un-  
widerleglich festgestellte Tatsache, daß der wirtschaftliche Aufstieg  
des Proletariats nicht plötzlich durch eine politische Revolution  
bewirkt werden kann. Die wirtschaftlichen Errungenschaften,  
Lohnerhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit, haben im gün-  
stigsten Falle einige Monate gedauert, dann wars damit wieder  
vorbei und die Gewerkschaften lagen zerstückelt am Boden.  
Die Ausschaltung der Ereignisse in Rußland durch die Organe  
der Scharfmacher in Deutschland hat bewiesen, daß diese geradezu  
danach lechzen, einen Vorwand zu finden, die deutsche Arbeiter-  
bewegung im Blut erstickend, durch Ausnahmegeetze ihre Entwid-  
lung auf Jahrzehnte hemmen zu können.

Zwischen mir und darüber nicht, diesen schändlichen Plan  
werden sie auf dem einen oder andern Wege zu erreichen suchen.  
Gelingt es nicht, den deutschen Reichstag zu diesem Attentat auf  
die Arbeiterorganisationen zu bewegen, so werden sie wiederum  
ihre Zuflucht zu ihrer Aussperrungstaktik nehmen. Die deutsche  
Arbeiterchaft wird in Zukunft mit gewaltigen Massenaussper-  
rungen zu rechnen haben. Da heißt es, rechtzeitig dafür zu  
sorgen, daß wir gerüstet dastehen.

Kein Zentralverband, und möge er finanziell noch so ge-  
kräftigt sein, wird bei einer großen Massenaussperrung seiner  
Mitglieder aus eigener Kraft den Gegner zu überwinden im-  
stande sein. Die notwendige solidarische Beihilfe der übrigen  
Verbände muß organisiert werden.

Es kann nicht schon jetzt darüber geredet werden, was in  
solchen Momenten zu geschehen hat. Die Maßnahmen müssen  
der Situation entsprechend getroffen werden. Auf den Ertrag  
von freiwilligen Sammlungen allein die Aktionen aufzubauen,  
wäre äußerst gewagt. Für die Bildung eines allgemeinen Ab-  
wehrfonds war bisher wenig Stimmung bei den großen Gewerks-  
chaften vorhanden; einen Plan darüber zu entwickeln, scheint  
mir unter den obwaltenden Umständen Zeitvergeudung zu sein.  
Darüber dürfte jedoch allgemeines Einverständnis obwalten, daß  
die Gesamtheit der Gewerkschaften nicht kühl beiseite stehen darf,  
wenn einer Organisation durch einen ihr von den Kapitalisten  
aufgezwungenen Kampf Gefahr droht. Die in solchen Momenten  
die notwendige Beihilfe zweckentsprechend organisiert werden  
kann, welche Opfer von dem am Kampfe nicht direkt beteiligten  
Gewerkschaften gebracht werden können und gebracht werden

müssen, kann nur in einer Konferenz der Gewerkschaftsvorstände  
beraten und beschlossen werden.

Beansprucht ein Zentralverband, daß die übrigen Verbände  
für ihn finanzielle Opfer bringen, muß diesen auch ein gewisses  
Mitbestimmungsrecht auf die während des Kampfes zu treffenden  
Maßnahmen eingeräumt werden.

Durch Dekrete von oben herab solche Maßnahmen erzwingen  
zu wollen, würde unmöglich sein. Die Massen der kämpfenden  
müssen davon überzeugt werden, daß die einzuleitenden Schritte  
in ihrem Interesse, im Interesse ihres Verbands und im Inter-  
esse der ganzen Gewerkschaftsbewegung liegen. Sonst wird Dis-  
ziplinlosigkeit, Anarchie und die daraus naturgemäß resultierende  
Niederlage die unausbleibliche Folge sein. Nur durch einen  
zweckentsprechenden Ausbau des Repräsentationssystems wird es  
möglich sein, die Kampfesstatistik bei großen Kämpfen im Ein-  
verständnis mit den Vertretern der gesamten Gewerkschaften  
bestimmen und auch durchführen zu können. In solchen Situa-  
tionen muß rasch gehandelt werden; ordnungsgemäß nach dem  
Statut Delegierte zu einer zusammenzubrufenden Generalver-  
sammlung wählen zu lassen, ist dann unmöglich — die Vertreter-  
körperschaft muß für solche Zwecke schon vorhanden sein. Es ist  
erklärlich, daß auch große Verbände gegen eine ständige Kör-  
perschaft von Vertretern, die alljährlich zu wählen wären und jähr-  
lich zur Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten zusammentreten,  
der hohen Kosten wegen Bedenken haben werden. Obgleich ich  
der Meinung bin, daß die Kosten geringer sein werden als die,  
welche bei Beibehaltung des jetzigen Systems infolge von inneren  
Konflikten in den Organisationen entstehen können, möchte ich als  
absolut notwendig doch allen Gewerkschaften dringend anraten,  
in ihren nächsten Generalversammlungen den Beschluß herbeizu-  
führen, daß die Generalversammlung bis zum Zusammentritt der  
nächsten Generalversammlung in Permanenz erklärt wird, d. h.  
die Delegierten sofort wieder zusammenberufen werden können,  
sobald der Vorstand dies für erforderlich erachtet. Wird dann  
den Leitungen der einzelnen Wahlbezirke die Verpflichtung auf-  
erlegt, sobald umständehalber ein Delegierter aussteht oder  
aussteigen muß, sofort eine Ersatzwahl vornehmen zu lassen,  
so ist die Möglichkeit geschaffen, innerhalb weniger Tage die  
gewählten Vertreter der Mitglieder zusammenberufen zu können.

Auch für diejenigen Gewerkschaften, denen voraussichtlich  
keine großen Kämpfe bevorstehen, dürfte es sich doch empfehlen,  
in gleicher Weise zu verfahren; die Möglichkeit, bei den kommen-  
den Kämpfen in Mitleidenschaft gezogen zu werden, ist auch für  
sie vorhanden. Ebenso kann die Hilfeleistung für andere Organi-  
sationen bei großen Aussperrungen den sofortigen Zusamen-  
tritt der Generalversammlung notwendig machen. Wir müssen  
auf alle Eventualitäten gerüstet sein, um, wenn es gilt, den  
Scharfmachern die geschlossene Phalanx der organisierten Arbeiter  
entgegenstellen zu können.

Kosten würden den Gewerkschaften aus dem Beschluß, ihre  
Generalversammlungen in Permanenz zu erklären, doch nur  
dann erwachsen, wenn die bringende Notwendigkeit vorliegt, sie  
zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen.

Den großen Gewerkschaften möchte ich aber nochmals den  
dringenden Rat geben, statutarisch das ständige Vertretersystem  
einzuführen und nicht nur in außerordentlichen Fällen, sondern  
jährlich mindestens einmal die Vertreter zusammenzubringen.  
Für die großen Verbände erwächst immer mehr die Pflicht, den  
Ausbau der wirtschaftlichen Demokratie ernstlich in die Hand zu  
nehmen. Gärungstoff sammelt sich in den großen Zentralver-  
bänden auch im Laufe eines Jahres genug an und da dürfte es  
immer beruhigend auf die Gemüter wirken, über innere Streit-  
fragen möglichst bald einen Entschluß der durch die Mitglieder  
alljährlich gewählten höchsten Instanz herbeizuführen. Dem  
demagogischen Treiben einzelner anarcho-syndikalistischer Ele-  
mente kann nicht besser entgegengetreten werden als durch ein  
Votum der Vertreter der gesamten Organisation. Wenn ich auch  
nicht annehme, daß es gelingen wird, aus solchen Demagogen,  
vernünftige Menschen zu machen, so dürfte doch ihrer systemati-  
schen Hege gegen die Gewerkschaftsführer durch die Beschlüsse  
der berufenen Organisationsvertreter bald der Nährboden ent-  
zogen werden. Principis obsta — widerstehe im Anfang —  
muß auch hier der Wortspruch der verantwortlichen Organi-  
sationsleiter heißen — sonst dürften sie einmal leider zu spät er-  
kennen, daß die Taktik des Gehenslassens sich an dem Zentral-  
verband bitter rächen wird. Leuten, die fortgesetzt von wahrer  
Demokratie schwärmen, dabei jedoch unausgesetzt bewußt dagegen  
handeln, kann nur das Handwerk gelegt werden, wenn die Ge-  
werkschaften immer mehr im demokratischen Geiste ausgebaut  
werden.

Auch darf doch nicht unberücksichtigt gelassen werden, daß  
mit der wachsenden Mitgliederzahl, mit der Einbeziehung immer  
weiterer Berufsgruppen in die großen Zentralverbände die Auf-  
gabe für die Zentralvorstände eine immer schwieriger wird, bei  
Tarifverhandlungen für größere Distrikte den richtigen Ausgleich  
für die durchaus nicht immer übereinstimmenden Interessen der  
verschiedenen Gruppen zu schaffen. Es darf wohl mit Recht vor-  
ausgesetzt werden, daß schließlich ein derart zusammengesetztes  
Verufsparlament aus sachkundigen, objektiv abwägenden De-  
legierten bestehen wird, die sich ihrer vollen Verantwortlichkeit  
bei den zu fassenden Beschlüssen bewußt sind. Bei Tarifver-  
handlungen sind die Vorbereitungen wichtiger als die schließlichen  
Abstimmungen der Vertreter.

Die Verhandlungen selbst mit den Vertretern der Gegen-  
partei können naturgemäß immer nur durch eine kleine Anzahl  
von Personen geführt werden. Die Verhandlungskommission  
aber mit dem nötigen Material auszurüsten, damit ihre Mit-  
glieder über alle einschlägigen Verhältnisse unterrichtet sind, das  
muß durch die Beratungen in der Vertreterversammlung ge-  
schehen.

Ueber meinen Vorschlag ist von einem in Tarifverhand-  
lungen äußerst erfahrenen Organisationsleiter gesagt worden,  
es sei schon besser, es bei dem jetzigen Modus zu belassen. Das-  
selbe Recht, welches die Arbeiter für sich beanspruchten, müßten  
sie auch den Unternehmern zugestehen. Wenn dann einmal von  
seiten der Vertreter der Arbeiter, dann wieder von seiten der  
Vertreter der Arbeitgeber fortgesetzt neue Wünsche der Verhand-  
lungskommission unterbreitet würden, würde das Zustandekom-  
men eines Tarifs wohl ausgeschlossen sein. Dieser Meinung  
bin allerdings auch ich; nachdem die Vorbereitungen getroffen  
sind, die Verhandlungskommissionen sich dann über einen beiden  
Teilen vorzuliegenden Tarif verständigt haben, kann es für die

Vertreter der Unternehmer wie der Arbeiter nur noch ein unterwerfen — oder geben, entweder den ganzen Tarif annehmen oder ablehnen. Wenn jeder Teil für sich das Recht beanspruchen würde, immer neue Anträge zum Tarif zu stellen, würde dieser fortgesetzt wie ein Spielball zwischen den Parteien hin- und hergeworfen werden und ein Tarifabschluß in den meisten Fällen nicht zustande kommen. Durch eine solche Verschleppung würden voraussichtlich die Arbeiter am meisten geschädigt werden — bei der in Handel und Industrie obwaltenden Tendenz, die Preise für die Bedarfsartikel fortgesetzt zu steigern, wird es bei dem Abschluß von Tarifen in Zukunft meistens um Lohnerhöhungen handeln und da müßte es für die Unternehmer schließlich ein Vergnügen sein, sich durch die Verzögerung der Tarifverhandlungen vor Mehrbewilligungen so lange als irgend angängig zu schütten. Wenn der Ausbau der wirtschaftlichen Demokratie solche Resultate zeitigte, würden die Arbeiter sich zweifellos dafür bedanken. Deshalb muß selbstverständlich von vornherein Klarheit darüber herrschen, daß, nachdem die Verhandlungen beendet sind, nur noch die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Tarifs übrigbleibt.

Nur in Ausnahmefällen dürfte über das entscheidende Votum völlige Uebereinstimmung bei den Vertretern herrschen; wohl aber darf vorausgesetzt werden, daß, wenn die Entscheidung einmal gefallen ist, die Minderheit im Interesse eines einigen und geschlossenen Handelns sich dem Beschluß der Mehrheit fügen wird. Arbeiter, die Verantwortlichkeitsgefühl haben, dürften nicht nur dies tun, sondern auch im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin den Mehrheitsbeschluß mit aller Energie den Mitgliedern gegenüber vertreten. Auch in den Zentralvorständen herrscht bei Entscheidungen über wichtige Fragen nicht immer Einstimmigkeit; um die praktische Durchführung der Beschlüsse würde es aber sehr schlecht bestellt sein, wenn einzelne Mitglieder der Zentralvorstände ihren eignen Standpunkt entgegen der Meinung ihrer Kollegen in Mitgliederkreisen vertreten wollten.

Ueberrimmt nach Einführung der Vertreterversammlung diese an Stelle des Zentralvorstands die Verantwortung, kann es bei wichtigen Dingen, vor allem dann, wenn es sich um den Abschluß von Tarifen oder um die einschlagende Kampfesaktive der Organisation handelt, auch nicht anders sein. Wer in den Gewerkschaften die Aufrechterhaltung der Disziplin will, darf nicht mit schlechtem Beispiel vorangehen. Daß aber die Durchführung eines Beschlusses weit leichter möglich ist, wenn, nehmen wir einmal an, 100 Vertreter dafür in Mitgliederkreisen wirken, als wenn die geringe Zahl der Mitglieder eines Zentralvorstands ihn verfochten sollen, dürfte wohl von keiner Seite angezweifelt werden.

Weiter kommt in Betracht, daß, wenn ein Zentralvorstand bezüglich eines Kampfes eine Entscheidung getroffen hat, er häufig im Interesse der Organisation gar nicht imstande ist, alle Gründe dafür öffentlich bekanntzugeben zu können. Die Mitglieder kennen die Hauptgründe des Zentralvorstands für seine Entscheidungen nicht, eine Opposition auch seitens der treuesten Mitglieder des Verbands ist in solchen Fällen oft nur zu erklärlich. Die Verhandlungen einer Vertreterkörperschaft inmitten eines Kampfes müßten selbstverständlich geheime sein, auch würden die Vertreter später öffentlich nicht über alle Umstände berichten können, die zur Entscheidung geführt haben. Wenn aber in allen Distrikten die Vertreter den Mitgliedern erklären: was beschlossen wurde, ist das Resultat reiflicher Erwägungen; im Interesse des Verbands muß der Beschluß ausgeführt werden, so wird bestimmt die Wirkung auf die Mitglieder eine größere sein, als wenn lediglich der Zentralvorstand und die beidseitigen Gauleiter für die Durchführung des Beschlusses zu wirken haben.

Eine Armee, die im Kampfe steht, darf ihre Kampfesaktivität nicht dem Feinde bekannt geben, damit er nach derselben keine Gegenmaßnahmen treffen kann. Die Veränderung der Kampfesaktivität, je nach den veränderten Umständen, ist heute ungemein schwierig. Ist eine größere Körperschaft vorhanden, der die Mitglieder Vertrauen entgegenbringen, dann dürfte auch die Zeit gekommen sein, einmal darüber ernstlich zu beraten, ob gegenüber dem brutalen Vorgehen der Schwarzfahrer nicht eine veränderte Kampfesaktivität am Platze ist. Dazu ist allerdings Voraussetzung, daß die Massen bereit sind, die gefaßten Beschlüsse auch ohne daß sie die Beweggründe immer im einzelnen kennen, unweigerlich auszuführen. Es wird keine leichte Aufgabe sein, die Mitglieder zu einer solchen Kampfesdisziplin zu erziehen; ferner steht aber fest, daß wir bei den jetzigen Verfassungen der Gewerkschaften niemals dazu kommen werden. Eine Vertreterkörperschaft kann, wenn in Friedenszeiten die Mitglieder genügend vorbereitet werden, uns die Möglichkeit schaffen, im Kriege einmal wirklich eine Kampfesaktivität üben zu können, durch welche der Feind aufs empfindlichste geschädigt werden wird.

Die ständige Mitwirkung eines größeren Teils der Mitglieder auch an den Verwaltungsgeschäften dürfte nicht nur für diese, sondern durch ihre Vertretung in Mitgliederkreisen, auch im allgemeinen einen erzieherischen Wert haben. Die Beförderung, daß auch ein solches Gewerkschaftsparlament schließlich einen bürokratischen Charakter annehmen wird, ist unbegründet. Die Mitglieder werden durch die jährlichen Neuwahlen schon dafür sorgen, daß der Bürokratismus sich nicht in dieser Körperschaft festsetzt. Im übrigen läßt auch der Kampf mit den Unternehmern mit seinen fortgesetzt wechselnden Situationen eine bürokratische Regelung der Verbandsangelegenheiten nach Schema & gar nicht zu. Vorauß ist in den großen nach Hunderttausenden von Mitgliedern zählenden Zentralverbänden ankommt, ist die Zahl derjenigen Mitglieder zu mehreren, die volles Verständnis für die Verbandsangelegenheiten und für eine richtige Kampfesaktivität haben. Die Leitung eines großen Industrieverbandes stellt an den Zentralvorstand so hohe Anforderungen, belastet denselben mit einer so enormen Verantwortung, daß es immer dringender nötig wird, darauf hinzuwirken, daß die zu treffenden Maßnahmen von vornherein der tatkräftigen Unterstützung aller denkenden Mitglieder gewiß sind.

Der Ausbau der Demokratie in den Gewerkschaften kann nicht nach doktrinären Regeln erfolgen. Für die Gewerkschaften kommen ganz andre Verhältnisse in Betracht als für politische Parteien. Die Gewerkschaften sind Kampfesorganisationen, die den Forderungen des Kampfes entsprechen müssen. Die Einführung von Urabstimmungen über Streiks und Aussperrungen würde zurzeit ihre Kampfespositionen schwächen, weil für dieselbe Voraussetzung sein müßte, daß die in Frage kommenden Verhältnisse vor aller Welt öffentlich klargestellt würden. Es kann für die Gewerkschaften deshalb momentan nur der Ausbau des Repräsentativsystems in Frage kommen, bei welchem am besten die notwendige Rücksicht genommen werden kann auf die oft sehr divergierenden Interessen der einzelnen Orte und Gruppen.

Demokratische Disziplin ist die erste Grundbedingung des Aufbaues der sozialistischen Gesellschaft. Die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter können, solange sie mitten im Kampfe stehen, selbstverständlich heute nicht alle Idealforderungen der Demokratie verwirklichen, wohl aber haben sie die Aufgabe, die Arbeiter zur Demokratie zu erziehen und werden deshalb das Selbstbestimmungsrecht der örtlichen Zweigvereine nur insoweit anerkennen können, als es nicht den Interessen der Gesamtheit widerspricht. Wenn ein großer Teil von Arbeitern die Demokratie heute noch darin sieht, daß im Rahmen eines großen Zentralverbandes jeder Ort für sich bestimmend sein soll, so sollten doch Theoretiker, die auf politischem Gebiete die Disziplin so stark als möglich verlangen, wenn es sich um die Gewerkschaften handelt, nicht der Anarchie das Wort reden.

Eine Demokratie ohne Demokraten ist ein Ding der Unmöglichkeit. Deshalb ist es weit wichtiger, in der Jetztzeit den Aufbau der Demokratie in den großen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu fördern, als darüber zu philosophieren, ob auf

politischem Gebiete die direkte Gesetzgebung durch das Volk dem jetzigen Repräsentativsystem vorzuziehen ist. Wir werden in den Einzelparteien noch unendlich viel Mühe und Arbeit haben, das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht durchzusetzen und im Reiche daselbe von den ihm anhaftenden Schläden (ungerechte Wahlkreiseinteilung, Rechtslosigkeit der Frauen usw.) zu befreien. Für die politischen Kämpfe wird es aber nicht ohne Bedeutung sein, wie die Arbeiter in ihren großen wirtschaftlichen Organisationen das Repräsentativsystem auszubauen imstande sind. Mehr als Worte wirkt die Tat! Eine Repräsentativkörperschaft, über welche die Mitglieder eine stete Kontrolle haben und die sie durch jährliche Neuwahlen immer neu gestalten können; wird schließlich auch nicht ohne Einwirkung auf die Gestaltung der politischen Rechte des Volkes sein. Die wirtschaftliche Demokratie wird einmal als Grundlage für den Ausbau der politischen Demokratie dienen. Das Repräsentativsystem schließt die direkte Gesetzgebung durch das Volk nicht aus, diese wird vielmehr als notwendige Ergänzung aus dem ersteren sich entwickeln. Auch die Gewerkschaften werden mit der Zeit immer mehr zur direkten Gesetzgebung übergehen können, vor allem dann, wenn ihre Macht so gefestigt sein wird, daß durch eine öffentliche Klarstellung aller für die wirtschaftlichen Kämpfe in Betracht kommender Verhältnisse eine Schädigung der Interessen der Arbeiter nicht mehr zu befürchten ist. Den Gewerkschaften diese Machtstellung zu schaffen, würde eine Vertreterkörperschaft durch die Erziehung der Mitglieder zur demokratischen Disziplin und zur größeren Opferfreudigkeit für die gerechte Sache der Arbeit das geeignetste Mittel sein.

## Armenunterstützung und öffentliche Rechte.

Im Jahre 1909 ist im Reichstage das Reichsgesetz betr. die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte zur Annahme gelangt. Der einzige Paragraph dieses Gesetzes lautet:

„Soweit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, sind als Armenunterstützung nicht anzusehen: 1. Die Krankenunterstützung, 2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege, 3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf, 4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind, 5. Unterstützungen, die erstattet sind.“

Mit Rücksicht auf die in diesem Jahre bevorstehende Reichstagswahl dürfte es angebracht sein, auf dieses Gesetz etwas näher einzugehen. Ueber die Handhabung desselben bestehen immer noch große Unklarheiten. In eine plötzliche Notlage kann unter den heutigen Verhältnissen sehr leicht jemand geraten. Das erwähnte Gesetz greift auch in die sozialpolitische Gesetzgebung (Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung) mit ein. Scheidet z. B. ein Arbeiter infolge Arbeitslosigkeit aus der Krankenkasse aus, so behält er, wenn er vor dem Ausscheiden mindestens drei Wochen hintereinander Mitglied einer oder mehrerer Kassen war und dann innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden erkrankt, noch Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen. Wer sich im Falle der Arbeitslosigkeit nun nicht als freiwilliges Mitglied gemeldet hat — was innerhalb einer Woche nach dem Ausscheiden aus der Arbeit geschehen muß —, kann, wenn er nach Ablauf von drei Wochen, z. B. während der fünften oder sechsten Woche der Arbeitslosigkeit, erkrankt, sehr leicht in Not geraten und schließlich zur Inanspruchnahme der Armenunterstützung gezwungen sein. Nach dem § 28 des Gesetzes über den Unterstühtungswohnsitz muß jeder hilfsbedürftige Deutsche von demjenigen Ortsarmenverband unterstüht werden, in dessen Bezirk er sich bei dem Eintritte der Hilfsbedürftigkeit befindet. Die einem solchen Hilfsbedürftigen oder seinen Angehörigen gewährte Krankenunterstützung, mag dieselbe nun in barem Geld, ärztlicher Behandlung, Unterbringung im Krankenhaus usw. bestehen, gilt dann nicht als Armenunterstützung. Das Gleiche ist der Fall, wenn eine Krankenkasse sich zunächst weigert, die Kassenleistungen zu übernehmen, sei es, daß die Anmeldung seitens des Unternehmers veräußert oder der Unterstühtungsfall sonst bestritten wird und das Mitglied dadurch gezwungen ist, öffentliche Unterstühtung in Anspruch zu nehmen. Wie häufig sind die Streitfälle, wo die Krankenkassen den Unfallverletzten gegenüber mit Ablauf der dreizehnten Woche die Unterstühtung einstellen. Ehe die Berufsgenossenschaft dann die Rente oder Vorschüsse anweisen, darüber vergehen regelmäßig mehrere Wochen. Wird hier nun inzwischen Armenunterstützung beansprucht, so können dieserhalb die politischen Rechte nicht mehr entzogen werden. Dies geschah früher recht häufig, denn sogar die einmalige Unterstühtung eines Unfallverletzten galt als Armenunterstützung, selbst wenn diese Unterstühtung bei Gewährung der Rente wieder erstattet worden war. Da dies heute nicht mehr zulässig ist, so braucht im Falle der Erkrankung resp. Unfalles niemand sich zu scheuen, die Armenverwaltung in Anspruch zu nehmen. Ausbrüchlich soll im Anschluß hieran aber bemerkt werden, daß das neue Gesetz nur für das Reich gilt. Ein Antrag, den Eingang des Gesetzes dahin zu fassen: „Soweit in Reichs- und Landesgesetzen sowie Gemeinden der Verlust der öffentlichen Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird usw.“, wurde abgelehnt. Nur durch eine angenommene Resolution wurde der Reichskanzler ersucht, dahin zu wirken, daß ähnliche gesetzliche Bestimmungen auch in den einzelnen Bundesstaaten zur Einführung gelangten. Für das Reich kommen nun in Betracht: Die Wahlen zum Reichstage sowie zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, ebenso das Recht zur Bekleidung des Schöffen- und Geschworenenamtes. Bei den bereits genannten und im nachfolgenden noch aufzuführenden Unterstühtungsfällen findet weder ein Ausschluß vom Wahlrechte zu den vorgenannten Körperschaften noch von der Uebnahme der erwähnten Ämter (Schöffen oder Geschworene) statt.

Als weitere Unterstühtungen kommen noch in Betracht, die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege. In wie vielen Arbeiterfamilien tritt der Fall ein, daß entweder die Ehefrau oder Kinder in Anstalten, eventuell dauernd, untergebracht werden. Die Unterbringung in Irren- oder sonstigen Pflegeanstalten, Krüppelheimen usw., fällt mit unter diese Bestimmungen. Selbst wenn in solchen Fällen die Gemeinden die Kosten der Anstaltspflege dauernd entweder teilweise oder gänzlich übernehmen müssen, ist dies für den Mann nicht mit dem Verlust der politischen Rechte verknüpft.

Daselbe ist der Fall, wenn Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf geleistet werden. Das Wort „Jugendfürsorge“ ist bei der Kommissionsberatung erst eingefügt worden. Hierunter fallen nun z. B. Aufwendungen für die Säuglingspflege sowie für Kinder, deren Vater in ungenügender Weise für dieselben sorgt. Aufwendungen können nach dieser Richtung u. a. gemacht werden für Lehr- und Lernmittel, Befreiung von Schulgeld usw. Auch die Speisung der Kinder unbemittelter Eltern — namentlich im Winter — in den Schulen kommt als Armenunterstützung nicht in Betracht.

Der Begriff sonstige Unterstützungen, die nur in Form „vereinzelter“ Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind, kann verschiedentlich aufgefaßt werden. Da man das Wort „einmalige“ weggelassen, dürfte mit „vereinzelter“ schon „eherer“ Zuwendungen zu verstehen sein. Hier sind zunächst Geldunterstützungen zu erwähnen. Sowohl Personen, die auf Unfallrente wie auch auf Invaliden- oder Altersrente An-

spruch haben, können in augenblicklicher Notlage versetzt und vor Anweisung der Rente die Armenbehörden um vereinzelt resp. mehrere Zuwendungen angehen müssen. Dasselbe kann im Falle der Arbeitslosigkeit bei der Mietzahlung eintreten. Die Gewährung von Obdach, Feuerung, Kleidungsstücken fällt ebenfalls unter den Begriff „vereinzelt“ Leistungen. Dasselbe ist der Fall, wenn die Armenbehörde die Beerdigungskosten von Familienangehörigen oder die Entbindungskosten der Frau übernimmt.

Was nun die Unterstützungen, die erstattet sind, anbetrifft, so gilt diese Bestimmung für alle Unterstühtungsfälle, die als Armenunterstützung die Entziehung der öffentlichen Rechte zur Folge hatten. Wer die erhaltene Unterstühtung zurückgezahlt hatte, konnte bis jetzt schon an den Wahlen zum Gewerbe- und Kaufmannsgerichte teilnehmen. Anders jedoch verhielt es sich bei den Reichstagswahlen. Wer da im letzten Jahre Armenunterstützung empfangen, konnte nicht mitwählen. Dies war dann noch der Fall, wenn die Unterstühtung inzwischen erstattet war. Es sind Fälle bekannt, wo eine einmalige Unterstühtung eines Unfallverletzten, die Uebnahme von Krankenhauskosten (Erkrankung Angehöriger) den Verlust des Wahlrechts zur Folge hatten, selbst wenn diese Leistungen kurze Zeit darauf erstattet worden waren. Diese Leistungen gelten nun — immer soweit die Reichsgesetze in Betracht kommen — in Zukunft überhaupt nicht mehr als Armenunterstützung. Erfreulich ist nun, daß auch alle übrigen Unterstühtungen, die nach dem neuen Gesetze noch als „Armenunterstützungen“ angesehen werden sofern sie vor der Wahl erstattet sind, nicht mehr die Entziehung der öffentlichen Rechte zur Folge haben. Zu wünschen bleibt nur noch, daß die einzelnen Bundesstaaten demnächst ähnliche gesetzliche Bestimmungen einführen.

Im Anschluß hieran mag kurz die Frage erörtert werden, in welcher Weise man den Unterstühtungswohnsitz erwirbt? Derselbe wird erworben: 1. durch Aufenthalt, 2. durch Verehelichung, 3. durch Abstammung. Wer nach zurückgelegtem 16. Lebensjahr ein Jahr lang ununterbrochen innerhalb eines Ortsarmenverbandes seinen gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat, erwirbt dadurch in demselben den Unterstühtungswohnsitz. (Dies zum 1. April 1909 war das 18. Lebensjahr und zweiwähriger Aufenthalt erforderlich.) Nach dem Gesetz über die Freizügigkeit hat jeder Deutsche das Recht, innerhalb des Reichs an jedem Orte sich aufzuhalten oder niederzulassen, wo er eine eigene Wohnung oder Unterkommen sich zu verschaffen imstande ist. Nur derjenige, der nicht mehr in der Lage ist, sich und seinen nicht arbeitsfähigen Angehörigen den nothdürftigsten Lebensunterhalt zu verschaffen, kann von der Gemeinde, in welcher er anzieht, zur Rückgewiesen werden. Natürlich muß er in vorliegenden Fällen auch vermögenslos und ohne Verwandte sein, die für ihn aufkommen müssen. Will z. B. jemand seinen alten Vater oder Mutter zu sich nehmen, so achtet man im Falle des Zuzugs von auswärts darauf, daß die alten Leute nicht etwa im ersten Jahre nach dem Zuzug öffentliche Unterstühtung in Anspruch nehmen. Selbst wenn dieselbe im ersten Jahre angeboten werden sollte, so weise man sie zurück. Erst wenn man den Unterstühtungswohnsitz erworben hat, ist man im Falle der Gewährung von Armenunterstützung vor der Ausweisung bewahrt.

## Die kommende Bausaison.

A. C. hört man auf die Stimmen der Interessenten im Baugewerbe, so findet sich fast durchweg eine ziemlich zuverlässige: überall erwartet man im allgemeinen ein gutes Baujahr. Und es läßt sich nicht verkennen, daß viele Tatsachen und Erscheinungen die herrschende Zuversicht stützen. In den letzten Jahren bewegte sich die Bautätigkeit durchweg in mäßigen Grenzen; ganz besonders war dies auch noch im letzten Jahre der Fall. Die wachsende Bevölkerung in den Städten hat das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt so beeinflusst, daß eine Steigerung des Angebots im allgemeinen sehr erwünscht sein muß. Aber auch die Verhältnisse am Gesamtmarkt unterstützen eine Belebung der Unternehmungslust. Zwar liegen in dieser Beziehung die Bedingungen in den verschiedenen Gegenden keineswegs gleichartig, aber doch überwiegt an den größeren Plätzen eine größere Willigkeit des Kapitalmarktes den Ansprüchen des Baugewerbes gegenüber. Auch die befriedigende Sicherstellung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern wirkt nicht wenig zur Belebung der Unternehmungslust mit. Sowohl die Bautätigkeit für öffentliche Zwecke als auch die private Unternehmungslust versprechen fast überall lebhafter zu werden als in den letzten Jahren; es wird auf eine gute Bausaison gehofft. In der einen Gegen sind die Hoffnungen größer, in der andern sind sie geringer, aber mit einer Belebung rechnet man überall. Daß die Ausichten in den Orten, in denen die Winter hindurch rege gebaut wurde, auch optimistisch beurteilt werden, könnte wundernehmen, da doch hier ein Teil der Arbeitslosigkeit gewissermaßen vorweggenommen wurde, aber nichtsdestoweniger ist dies der Fall. In Königsberg i. P., Allenstein, Insterburg, Graudenz, Thorn, Tilsit, Gumbinnen und andern Städten der Ostprovinz werden die Ausichten auf die Frühjahrbelebung als gut bezeichnet; von Thorn abgesehen, wiesen die meisten Orte bisher noch eine geringe Bautätigkeit auf. In den größeren Orten der Provinz Schlesien lassen sich die Ausichten auf die Entwicklung der Baulust im kommenden Frühjahr ebenfalls befriedigend an, da auch die Landwirtschaft größere Vorbereitungen für Neu- und Umbauten als in den Vorjahren trifft. Verschiedentlich sind sogar, was auch für andre Landesteile zutrifft, Bauten in Aussicht, die durch mehrere Jahre hindurch Beschäftigung bieten. In Weußen, Pommern, Glogau und Breslau werden die Ausichten für die Baukonjunktur 1911 als günstig angesehen, nur in Ratibor lassen sie zu wünschen übrig. Nicht so freundlich wie im Osten Deutschlands sind die Ausichten in Schleswig-Holstein, Hamburg, Hannover und Brandenburg. In den meisten schleswig-holsteinischen Orten werden keine großen Hoffnungen auf die diesjährige Bausaison gesetzt, vornehmlich in Kiel und Eckenund lassen die Ausichten zu wünschen übrig. Befriedigend ist der Ausblick auf die kommende Bausaison in Hamburg, weiter in Lüneburg und Stade. Ueber die Entwicklung der Bautätigkeit in der Reichshauptstadt und ihrer Umgebung gehen die Ansichten noch auseinander; immerhin scheint sich die ganz befriedigende Baulust vom Vorjahre zum mindesten erhalten zu wollen. Einheitslicher ist die freundliche Beurteilung der Ausichten in Mitteldeutschland; im Königreich Sachsen gibt es nur ganz wenige Orte, in denen der Ausblick noch zu wünschen übrig läßt; in Dresden sind die Hoffnungen angefaßt der Wohnungsnot, die sich allmählich dort herausgebildet hat, sehr hochgespannt. Sowohl die kommunale als auch die private Bautätigkeit verspricht wieder reger zu werden. Auch in Chemnitz stehen zahlreiche öffentliche Bauten in Aussicht, und die private Baulust läßt sich ebenfalls befriedigender als im Vorjahre an. In Leipzig, Zittau, Mittweida gestalten sich die Ausichten ganz gut. Von Thüringen erwarten wir entgegenst. Mit am leichtesten ist aber wohl der Ausblick auf die Baukonjunktur im westlichen Industriebezirk. Gerade dieser hat ja mehrere Jahre schwerer Depression hinter sich, die erst durch die gewerbliche Krise, sodann durch heftige Arbeitskämpfe dem Baugewerbe empfindlichen Schaden zufügten. Nun scheint aber die Erholung um so durchgreifender vor sich gehen zu wollen; sowohl im Rheinland als auch in Westfalen werden die Ausichten fast befriedigend oder sogar als günstig bezeichnet. In Dortmund werden auf die diesjährige Frühjahrbelebung große Hoffnungen gesetzt; wenn die Bitterung so günstig bleibt, dürfte die schon jetzt rege Tätigkeit kaum merklich unterbrochen werden. Eine stattliche Anzahl neuer öffent-

Liefer Gebäude ist für die diesjährige Bauzeit in Aussicht genommen. Sehr aussichtsreich ist die Lage auch in Krefeld und Aachen, wo man besonders der privaten Bauleistung eine durchgreifende Belebung des Beschäftigungsgrades erhofft. In Düsseldorf, Münster, Hamm, Düsseldorf, M.-Gladbach liegen auch bereits zahlreiche große Projekte vor, die in diesem Jahre zur Ausführung kommen sollen. Weniger erfreulich ist der Ausblick für die Städte Hesse = Nassau; nur für Frankfurt a. M. gestaltet er sich etwas hoffnungsvoller. War im Königreich Bayern die Depressionsperiode im Baugewerbe besonders scharf aufgetreten, so scheint sich jetzt ein um so kräftigerer Erholungsprozess vorzubereiten. In München wird nach der intensiven Winterpause eine erhebliche Belebung erwartet, in Augsburg, Nürnberg, Würzburg, Bamberg, Regensburg ist man ebenfalls für eine lebhaftere Bauzeit als 1910. Von württembergischen Orten seien vornehmlich Stuttgart, Donauwörth und Ulm mit einer Besserung der Aussichten für die kommende Bauzeit genannt.

## Der Steinmarkt ist belebt.

Die Steinausschreibungen häufen sich in letzter Zeit in erfreulicher Weise. Es darf als sicher angenommen werden, daß unsere Kollegen in den nächsten Monaten vollkommene Beschäftigung haben werden. Aus den Steinausschreibungen heben wir hervor:

**Niederbarnim.** 8700 Quadratmeter Kleinpflastersteine und 2200 Meter Strecksteine.

**Heilbronn.** Steinhauerarbeiten für das Forstamtsgelände in Wiernshelm.

**Würzburg.** Erd-, Maurer- und Steinhauerarbeiten in der Unterhaltung städtischer und stiftlicher Gebäude auf zwei Jahre.

**Hannover.** 1. Lieferung von etwa 4060 Quadratmeter Kalkbruchsteinen, 260 Kubikmeter Basaltkleinschlag und 65 Kubikmeter Basaltspalt. 2. Lieferung von etwa 1730 Kubikmeter Pflastersteinen sowie die Anfuhr von Saumquatern und Schladesteinen und 3. das Regen von etwa 1375 Meter Saumquatern, die Herstellung von etwa 4060 Quadratmeter Packlage, sowie die Ausführung von etwa 7700 Quadratmeter Reihenspflaster usw. in verschiedenen Straßen in mehreren Losen.

**Bremen.** Zur Pflasterung des Lindenweges in Rodewinkel: 1. 2400 Quadratmeter Kleinpflastersteine aus Basalt usw., 2. 1100 Meter Saumsteine aus Granit, Basaltlava usw., 3. 360 Kubikmeter Packlagesteine und 4. 240 Kubikmeter Steinschlag.

**Friedberg (Hessen).** 9000 Kubikmeter Mauersteine aus Hartgestein, Basaltlava oder ähnlichem Gestein zur Herstellung von Bauwerken auf Bahnhof Friedberg.

**Mainz.** Lieferung der Baumaterialien für den Neubau und die Unterhaltung von Straßen und Kanälen in der Stadt Mainz für 1911 bis 1914. Der durchschnittliche Jahresbedarf ist geschätzt auf: 1. Straßenbaumaterialien: 129 000 Stück vierhäuptige Pflastersteine, 325 Kubikmeter einhäuptige Pflastersteine, 1850 laufende Meter Randsteine (Schwegelsteine) aus Granit, 200 laufende Meter Randsteine (Schwegelsteine) aus Basaltlava, 1900 Kubikmeter Chauffee-Decksteine (Schottersteine), 700 Kubikmeter Stiefelsteine, 5800 Kubikmeter Sand, Kies und Betonmasse, 150 Kubikmeter Gartenkies. 2. Kanalbaumaterialien. U. a.: 20 Kubikmeter Hanfsteine aus Basaltlava, 100 000 Kilogramm Zuffenstraß. 3. Verschleißene. 300 Kubikmeter Uferbauarbeiten.

**Erfurt.** Zum Neubau einer Schlacht- und Viehhofanlage im Krämpferfeld: Granit- und Steinhauerarbeiten.

**Riel-Wil.** 5000 Quadratmeter Granitreihenspflastersteine und 1200 laufende Meter Granitrandsteine für die Herstellung von Ladestraßen auf dem Gelände des Binnenhafens zu den neuen Offsee-Schleusen in Riel-Wil, in 2 Losen.

**Stuttgart.** Zum Neubau eines Pfarrhauses in Adolzhäusern, Oberamt Mergentheim: Grab-, Beton-, Maurer-, Steinhauerarbeiten.

**Eggenstein (Baden).** S. II. Steinhauerarbeit a) in Granit, b) in Pfingstaler Material, c) in hellem Material zum Neubau eines Schulhauses.

**Brieg.** 1677 Kubikmeter rohe Basaltsteine bester Sorte zur Herstellung neuer Decklagen auf den Kreischauffeen im Sandkreise Brieg.

**Bingerbrück.** Lieferung von Steinmaterial für den Bezirk des Wasserbauamts Bingerbrück: S. III. 380 Kubikmeter Pflastersteine und 580 Kubikmeter Senfsteine für die Rheinstraße von Viebrich bis Etville; S. IV. 350 Kubikmeter Pflastersteine und 600 Kubikmeter Senfsteine für die Rheinstraße von Etville bis Desrich; S. V. 120 Kubikmeter Pflastersteine und 220 Kubikmeter Senfsteine für die Rheinstraße von Desrich bis Rüdesheim; S. VI. 1500 Kubikmeter Pflastersteine, 1500 Kubikmeter Senfsteine, 1200 Kubikmeter Steinbruchschutt für die Rheinstraße von Bingerbrück bis Oberwesel.

**Leipzig.** Steinhauerarbeiten zur Erbauung von 2 Häusern für Lungenkranke beim Krankenhaus St. Georg.

**Mainz.** Erd-, Maurer-, Steinhauer-, Steinseherarbeiten für die laufende Unterhaltung der Bauwerke.

**Schweidnitz.** Für die Herstellung der Kreischauffee Wörchelwies-Kapsdorf: 1664 Kubikmeter Packsteine aus Granit. A. Kattien (Hessen-Nassau). Arbeiten und Lieferungen zur Kanalisierung und Instandsetzung eines Teils der Straßen im Stadtbereich Kattien, darunter 338 Kubikmeter Großpflastersteine, 666 Quadratmeter Mosaispflastersteine, 875 laufende Meter Hochbordsteine aus Basaltlava. Ferner 3507 Quadratmeter Großpflaster und 666 Quadratmeter Mosaispflaster.

**Tiefbauamt II in Berlin.** Lieferung und Verlegung der Bürgersteigplatten aus Granit für die Goklowshybrücke über die Spreew im Zuge Goklowshy- und Franklinstraße.

**Tiefbauamt in Dortmund.** Grauwade- und Sandsteinpflastersteine usw. sowie hammerrechte Bordsteine für 1911.

**Rgl. Eisenbahnabteilung in Gerolstein.** Lieferung von 15 000 Kubikmeter Kleinschlag und 55 000 Kubikmeter Lavakies für die Herstellung der zweigleisigen Verbindungsbahn Silesheim-Gerolstein und für die Erweiterung des Bahnhofes Gerolstein in einem oder mehreren Losen.

**Braunschweig.** 1700 laufende Meter Granitbordquader, 200 Kubikmeter Basalt-Reihenspflastersteine, 20 000 Quadratmeter Kleinpflastersteine in einzelnen Losen.

**Dresden.** S. IV. Steinhauerarbeiten für den Neubau zweier Ställe für das 5. Feldartillerie-Regiment Nr. 64 in Pirna.

**Altona.** Lieferung von Granitbogensteinen.

**Rgl. Eisenbahnabteilung VII in Berlin.** 6000 Pflastersteine für Neu- bzw. Umpflasterung der Ladestraßen auf Güterbahnhof Ostglück.

**Eisenbahnbauabteilung in Vitburg (Eifel).** 40 000 Kubikmeter Gleisbettungsmaterial für Neubauschleife Vitburg-Jrrel im ganzen oder geteilt.

wurde am 26. Februar eine Versammlung einberufen, wo man sich mit der Angelegenheit befaßte. Die Kollegen waren sehr erstaunt über das Verhalten der Unternehmer und man kam nach reger Debatte zu dem einstimmigen Beschluß, am 28. Februar die Arbeit niederzulegen und zwar in den Betrieben, wo eine Kündigung nicht stattfindet. In den übrigen Betrieben wurde die Kündigung sofort eingereicht. Nun war das erste, als dieses bekannt wurde, daß sich der Vater Staat über die Verhältnisse erkundigte. Denn am Montag in aller Frühe erschienen ja auch schon zwei Gendarmen, die sich bei den Bruchmeistern eingehend erkundigten. Ob zu unserm Nutzen oder zum Nutzen der Unternehmer, wollen wir dahingestellt sein lassen. Interessant wäre aber doch, wenn sie lieber die Verhältnisse im Bruch selbst studiert hätten, als sich um den Streik zu bekümmern. Und noch eins möchten wir erwähnen, was vielleicht noch angedachter gewesen wäre, wenn dieses endlich einmal in Deutschland abgestellt würde. Von Aue nach Vöckau wird eine Straße gebaut. Dieser Bau ist unseres Erachtens ein Staatsbau, und man dürfte doch, es wären schließlich deutsche Arbeiter zu beschäftigen, weil diese ja auch Steuern zahlen müssen. Dieses scheint aber nicht der Fall zu sein, denn es arbeiten dort nur meistens Ausländer. Bei der Tarifunterhandlung der Steinhauer, die am 25. Februar tagte, befand sich auch ein österreichischer Kollege. Gleich nach der Eröffnung der Sitzung fragte der Leiter der Herren Unternehmer an, ob die Tarifkommission aus lauter Reichsdeutschen zusammengesetzt ist. Natürlich mußte ihm erwidert werden, daß sich ein Kollege darunter befindet, der nicht Reichsdeutscher ist. Und wir mußten dann zu unserm Erstaunen hören, daß die Sitzung abgebrochen werden mußte, da nur mit „echt“ Reichsdeutschen unterhandelt werden kann.

**Dresden.** Am 15. Februar tagte im Volkshaus unsere Jahresversammlung. Der Jahresbericht nebst Abrechnung liegt diesmal in Form eines Festes gedruckt vor. Kollege Seidel läßt das vergangene Jahr nochmals vorüberziehen und kommt zu dem Schluß, daß sich die Zahlstelle Dresden-Pirna trotz aller Schwierigkeiten günstig weiter entwickelt hat. Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1910 1565 Kollegen gegen 1228 am gleichen Termin des Vorjahres. Die im Frühjahr einsetzenden Lohnbewegungen standen im Zeichen der Bauarbeiterausperrung und wurden durch dieselbe ungünstig beeinflusst. Infolgedessen mußten sich die Kollegen der Steingewinnung sowohl in Gottliebatal als auch im Postler Gebiet mit geringen Zugeständnissen begnügen. Auch der Streik der Steinhauer im Sommer wurde in durchaus unbefriedigender Weise abgebrochen. Es gelang uns nicht, die Normaltarifvorlage der Unternehmer in den Ortsrat zu verschwinden zu lassen. Diefelbe steht immer noch drohend im Hintergrunde, und erst die nächsten Monate werden entscheiden, unter welchen Bedingungen wir in Zukunft unsre Arbeitskraft verkaufen müssen. Auf jeden Fall haben wir alle Ursache, uns nicht in Sicherheit zu wiegen, sondern müssen unablässig auf der Hut sein, damit wir von keiner Seite überrumpelt werden. Hoffen wir, daß die leidige Geschichte in befriedigender Weise gelöst wird. Hierauf erläuterte Kollege Ernst die Kassaverhältnisse. Daraus erfließt man, daß die Finanzlage innerhalb der Zahlstelle eine gute ist. Trotz der sehr hohen Ausgaben — für Streikzuschuß allein 12 022,46 M. — hatten wir am 1. Januar 1911 noch ein örtliches Vermögen von 30 210,98 M. gegen 32 547,08 M. im Vorjahre. Es besteht begründete Hoffnung, daß wir im Laufe des Frühjahr in den alten Stand wieder erreichen. Auf Antrag der Revisoren wird hierauf dem Vertrauensmann wie auch dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Debatte war eine sehr rege, und mit wenigen Ausnahmen sprachen die Redner auch sachlich. Beim 2. Punkt der Tagesordnung wurden die Neuwahlen vorgenommen. Die zwei Beamten sollen Sonnabend durch Urabstimmung auf den Werkplätzen gewählt werden. Als bewährte Kräfte werden wieder Seidel und Ernst vorgeschlagen. Zur Gesamtverwaltung hat Dresden drei Mann zu stellen. Hierzu werden Sandsteinarbeiter Karl Müller, Marmorarbeiter Elsner und Granitarbeiter Lehmann gewählt. Ferner wird noch beschlossen, in Zukunft auch in Dresden die Platzpflasterer aus der Ortsliste zu entschädigen, wie es in den Bruchgebieten schon immer der Fall gewesen ist. Nachdem noch Kollege Stenke kurz über die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells berichtet hat, wird die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

**Frohburg.** Im hiesigen Ort mit Umgebung arbeiten zirka 60 Steinhauer der Pflastersteinbranche. Die Hauptproduktion ist Kleinschlag. Nebenbei werden auch Kleinpflaster, Kopssteine, Bordsteine angefertigt. Die Brüche (Worphy) sind schon seit Jahrzehnten im Betrieb und haben anstehend ihren Pächtern resp. Besitzern ansehnliche Gewinne gebracht, denn die Arbeitskraft ist billig. Die Betriebsanlage in 2 Brüchen ist äußerst rational, der Gleisanschluß praktisch und zeigt, daß großer Absatz vorhanden ist. Die Entlohnung ist sehr minimal und man muß sich wundern, daß die Arbeiter sich bisher gar nicht um die Organisation gekümmert haben. Stundenlöhne von 29 Pfg. sind dort noch Mode. Lohnabzüge haben die Arbeiter sich schon oft gefallen lassen müssen und waren diesen gegenüber wehrlos. Das Gewerkschaftskartell von Frohburg hat sich in rühriger Weise der Angelegenheit angenommen und veranlaßt, daß am 5. März im nahen Wollitz eine Besprechung der Steinhauer stattfand. Kollege Siebold führte den Anwesenden die Notwendigkeit der Organisation vor Augen und zeigte an Beispielen aus dem praktischen Leben ihre Wirkung. Die örtlichen Verhältnisse in bezug auf Lohn, Arbeitszeit, Betriebsrichtung wurden in Parallele gestellt mit andern Pflastersteingebieten, die mit Hilfe des Verbands wirksame Änderungen herbeigeführt haben. Die erzieherische Tätigkeit der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaftsbewegung in besonderen wurden vom Referenten eingehend dargestellt. Die Diskussion war eine lebhaft und von allen Rednern begrüßt, daß eine Zahlstelle gegründet werde. Zeit sei es schon längst gewesen. Der Bruchmeister des einen Betriebes stöße die Kollegen direkt mit der Nase drauf, denn bei Abzügen, oder wenn mal eine Verbesserung gewünscht werde, heiße es immer: „Ja, ihr seid nicht im Verband!“ Mit andern Worten, weil wir bisher machtlos, wurden wir stets abgewiesen! Sämtliche Anwesenden traten nach der Aussprache dem Verbande bei und wählten 6 Kollegen in die neue Zahlstellenverwaltung. Beschlossen wurde auf Grund des Verdienstes 40 Pfg. Wochenbeitrag zu fleben. Kollege Siebold erläuterte dann die Führung der örtlichen Verwaltungsgeschäfte und gab noch praktische Anweisungen für die zukünftige Agitation in den Brüchen. Die Zahlstelle gehört zum 4. Gau. Mit einem kräftigen Schlußwort schloß der Genosse Krauß vom Gewerkschaftskartell die Besprechung.

**Großschubach a. Main.** Der Firma Dechold-Miltenberg wurden auf ihrem Werkplatz in der Nacht vom 19. zum 20. Februar eine große Anzahl fertig bearbeiteter Werkstücke ruiniert. Der „Steinbildhauer“, das Organ der Unternehmer, macht nun unsere Organisation für die Zerstörung verantwortlich und behauptet, es sei ein Borsbote der kommenden Lohnbewegung. Eine derartige Behauptung ist juridisch unzulässig und entbehrt jeglicher Grundlage. Der Redaktion des „Steinbildhauer“ sollte doch bekannt sein, daß die Arbeiterorganisation jeden Vandalismus verurteilt und nur auf gesetzmäßigem Wege bestraft ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder zu verbessern. Die Organisation der Steinhauer bedauert diesen Vorgang und verurteilt ihn auf das Schärfste. Alle Behauptungen der Unternehmer und ihrer Presse haben ja nur den Zweck, die Arbeiterorganisation in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Wir Steinhauer lassen uns jedoch in keiner Weise beirren.

**Höppingen.** Der Steinhauerpolier Karl Wendlin Sauer bei H. Holzmann u. Co. in Höppingen ist ein scharfer Gegner

unseres Verbandes. Genannter gab in den letzten Tagen vier Steinhauern Feierabend; der Grund scheint der zu sein, weil diese bei der freien Gewerkschaft organisiert sind. Das kann uns aber nicht bange machen, denn je ärger die Poliere gegen uns vorgehen, desto besser werden wir die Verbandsinteressen vertreten und für unsere Sache kämpfen. Der Polier Sauer ist ein großer Gegner unseres Verbandes, es wird ihm aber nicht viel nützen. Weiter soll ihm noch gesagt sein, uns in Zukunft in Ruhe zu lassen, sonst müßten wir uns entschieden wehren. Wenn die Christlichen meinen, den freien Verband hier verdrängen zu können, so irren sie sich. Der Abschluß des Ausschalttarifs hat uns so recht gezeigt, welche Macht dem freien Steinarbeiterverbande innewohnt. Daß darüber Herr Schedel aus dem Hünshagen gerät, ist ganz leicht erklärlich. Nun muß Herr Schedel, der „Friedhofstein“, von Ort zu Ort ziehen und über den Tarifabschluß nörgeln, weil ausgerechnet die „Gernegroße“ aus dem schwarzen Lager bei der Verhandlung nicht dabei waren. Herrn Schedel raten wir, in hiesiger Gegend sich als Steinmetzlehrling niederzulassen; erst wenn er richtig ausgebildet hat, dann kann er a. hiesigen sachverständig urteilen.

**Kirchhauhen.** Am 25. Februar fand hier eine Mitglieder-versammlung statt. Kollege Sarfert aus Mannheim beleuchtete die Heldentaten der Christlichen. Er stellte die Leistungen der freien Gewerkschaften den Leistungen der Christlichen gegenüber, woraus zu ersehen ist, daß man von den Christlichen wenig zu erhoffen hat. Sarfert sprach die Hoffnung aus, daß die Kollegen der hiesigen Gegend überzeugt sind, und die Tiraden der Christlichen nicht befolgen werden. Soviel uns bekannt ist, hat der Vorsitzende der Ortskrankenkasse, Herr Rai, mit seiner Agitation wenig Erfolg gehabt; nur einige Kollegen aus Hünshagen, die als Arbeitswillige hier zugereist kamen und früher schon einmal im Christlichen Verbande waren, hat er unter sein Banner vereint. Wir werden ihm diese Sorte nicht abwendig machen, denn wir sind überzeugt, daß der Christliche Verband mit solchen Mitgliedern keine Ehre einlegt. Im 2. Punkt wurde Kollege Johann Moser als Schiedsgerichtsmittglied und Ludwig Schüringer als Ersatzmann gewählt. Weiter wurde beschlossen, die Versammlungen stets Sonntags abzuhalten. Auch diene den Kollegen, welche während des Streiks abgereist sind, zur Notiz, daß hier immer noch 12 Kollegen gemahregelt sind. Auch wollen die Herren Unternehmer, wie es scheint, überhaupt nicht mehr so viel Leute beschäftigen. Die Kollegen tun deshalb gut, bevor sie in den Odenwald reisen, sich erst bei den betreffenden Vorsitzenden Erkundigungen einzuholen.

**Königsbrück.** Wir haben an dieser Stelle schon öfter auf die im Königsbrücker Steinbruchgebiet herrschenden Mißstände hingewiesen. Wenn wir uns nun noch einmal mit denselben etwas näher beschäftigen, so geschieht das nur aus dem Grunde, weil von seiten der Unternehmer vieles in Abrede gestellt wird, und die Bundesratsverordnung für dieselben nur noch auf dem Papier steht. Fangen wir einmal bei der Firma Pösch an. Dort ist es vor allen der Herr Bruchmeister Schramm, welcher sich gegenüber organisierten Kollegen benimmt, als wäre er allein Herrscher in diesem Betriebe. Bei den jungen Kollegen glaubt selbiger alles anbringen zu können; so werden dieselben Geld usw. gegeben. Sch. behauptet weiter, daß auf dem Platz Pösch die besten Löhne bezahlt werden, und daß dort die größte Ordnung herrscht. Wir möchten doch einmal fragen, was Herr Sch. eigentlich unter Ordnung versteht, und was zur Ordnung gehört? Dazu gehört vor allem, daß die Bundesratsverordnung eingehalten wird. Dann fehlt vor allem trinkbares Wasser gänzlich. Die Frühstücksbude wird nur selten geöffnet. Schugbächer für die Brecher sind nicht vorhanden, obwohl solche leicht anzubringen wären, da in diesem Betriebe ganz selten geschossen wird. Für die Brecher ist es mit Gefahr verbunden, an ihre Arbeitsstelle zu gelangen. Wenn sonst Ordnung herrscht auf diesem Platz, so ist das einzig und allein den organisierten Kollegen anzuzuschreiben. Und daß die Ordnung, wie selbige von Herrn Schramm immer gepriesen wird, in dem Betriebe nicht herrscht, das wurde ihm wohl kürzlich am besten von setne des Gewerbeinspektors bewiesen. Weiter hat sich Herr Sch. einem Kollegen gegenüber geäußert, wenn er Herr Pösch wäre, so würde er die Stufenpreise ohne weiteres herabsetzen. Da hat er sich ja im richtigen Rechte gezeigt. Die Kollegen werden sich dieses merken.

Schlummer noch stehen die Verhältnisse auf Platz Hohendahl. Dort wurde vor kurzem durch Lafelanschlag bekanntgegeben, daß die Firma nicht mehr in der Lage sei, die jetzigen Preise für Bordsteine bezahlen zu können, und den Arbeitern wurde die folgende Woche ohne weiteres ein Abzug von 22 Pfg. pro Meter gemacht. Einer Kommission gegenüber wurde als Grund angegeben: Die bayrischen Steinbruchbesitzer liefern die Steine viel billiger. — Was die Bundesratsverordnung anbelangt, so steht dieselbe ebenfalls bloß auf dem Papier. Mißstände in Hülle und Fülle. Woran liegt das hauptsächlich, Kollegen? Antwort: Weil es bisher der weitaus größte Teil der hiesigen Arbeiter nicht für nötig befunden hat, unsern Verbands beizutreten. Gerade auf Platz Hohendahl können jetzt die Arbeiter eine Lehre daraus ziehen; dort schaffen ungefähr 30 bis 35 Mann. Ein großer Teil derselben hat sich erst kürzlich unsern Verbande angeschlossen. Wäre das schon früher der Fall gewesen, so würde sich die Firma Hohendahl nicht erlaubt haben, den Steinhauern 22 Pfg. und den Brechern 10 Pfg. von ihrem sonstigen Löhne abzuziehen. Weiter erfragen wir die Kollegen, gelesene Exemplare des „Steinarbeiters“ an Unorganisierte weiterzugeben.

**Neusorg (Oberpfalz).** Der Christliche Keram- und Steinarbeiterverband will auch in Neusorg sein Domizil aufschlagen. Sonderbar ist es, daß es wieder dieselben Elemente sind, die uns 1904 in den Rücken fielen, und sich wieder dem genannten Verbande angeschlossen. Einige Worte möchten wir über den Keram- und Steinarbeiterverband mit seinen „gepriesenen“ Unterstützungen anführen. Soviel wir aus dem Statut des genannten Verbandes ersehen konnten, müssen sie höhere Beiträge entrichten, wenn sie überhaupt solche Unterstützungen erlangen wollen, wie wir sie im Steinarbeiterverbande haben. Weiter bemerken wir, daß gerade diese paar Leute, die sich dort angeschlossen, die säumigsten Zahler waren und die meisten Arbeitslofenmarken bei uns entnahmen. Wie es mit dem Kassieren des Keram- und Steinarbeiterverbandes bestellt ist, darüber verlieren wir hier kein Wort; wir haben darüber genug gelesen. Es war kürzlich ein christlicher Agitator mit dem Namen Schwarz aus Weiden hier. Mit welchen Mitteln jene Leute auf Fang ausgeben, wollen wir hier etwas schildern. So wurde von den Leuten geflagt, daß im verflorenen Herbst und Winter in Neusorg großer Arbeitsmangel herrschte, weil eben die Fichtelgebirgs-L.-G. Runfiedel die blauen Steine in die Säge- und Schleifwerke von hier abschickte. Darüber versicherte er (Schwarz) diesen Leuten, wenn damals der Keram- und Steinarbeiterverband bestanden hätte, würde dieser beim Fürsten Kastell (dem Bruchmeister) soviel Einfluß erzielt haben, daß die Firma gezwungen worden wäre, die Arbeit hier anfertigen zu lassen. Herr Schwarz scheint an Größenwahn nicht schlecht zu leiden.

**Kimbach.** Am 19. Februar fand im Lokal des Kollegen Johann Seidel unsere Generalversammlung statt, welche leider sehr schlecht besucht war. Da unser seitheriger Kassierer, Alois Holzhammer, wegen des Streiks abgereist ist, erstattete Kollege Johann Seidel den Kassierenbericht vom 4. Quartal 1910. Die Einnahmen betragen 196,13 Mark, die Ausgaben 127,19 Mark, somit bleibt ein Kassenbestand von 68,94 Mark. Die Abrechnung wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Da unser Vorsitzender, Konrad Schmidt, wegen des Streiks sich andre Ar-

## Korrespondenzen

**Aue.** Die Kollegen stehen seit dem 1. Dezember in einer Lohnbewegung. Die Forderungen, die in dem neu vorgelegten Tarif enthalten sind, wurden von den vereinigten Unternehmern durch eine Zuschrift vom 20. Februar abgelehnt. Trotz der ablehnenden Befehdung der Unternehmer versuchte die Tarifkommission in eine Unterhandlung einzutreten, um eine Einigung beiderseits zu erzielen. Dieses gelang jedoch nicht, denn die Herren Unternehmer zogen es vor, nach kurzer Debatte, in der sie auf ihr Schreiben verwiesen, das Lokal zu verlassen. Nun

beistuchte, wurde an dessen Stelle Friedrich Dörfler-Mittelbach als 1. Vorsitzender, Franz Eremel als 2. und Johann Seidel als Kassierer, Wenzel Dörfler und Joseph Strominger als Revisoren gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurden noch einige Flaggenlegenheiten besprochen, dann schloß Kollege Seidel die interessante Versammlung.

**Upphar und Umgebung.** Am 26. Februar tagte im Gasthaus zum Hof eine öffentliche Steinarbeiterversammlung. Trotz des schlechten Wetters waren die Kollegen aus den umliegenden Ortsgemeinden massenhaft erschienen. Kollege Breunig-Würzburg war als Referent erschienen. In seinem 45minütigen, zündenden Vortrage erläuterte er den Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Redner schilderte in kurzen Umrissen die traurige Lage der Steinarbeiter im allgemeinen und die der Sandsteinarbeiter im roten Mainlandssteingebiet im besonderen. Er wies unter anderem darauf hin, was bei der Beratung des Reichsmilitärats für Verfestigung des einzelnen Mannes verlangt und bewilligt worden ist. Unterernährung und frühzeitiges Siechtum seien die Folgen davon. Die Berufskrankheit und die schlechten Wohnungsverhältnisse schillernd, ging er zur Lebensmittelerzeugung über. Die gewerkschaftliche Organisation sei hier derjenige Faktor, welcher durch seine Tätigkeit in Form von Erringung höherer Löhne einen Ausgleich herbeizuführen imstande sei. Mit einem Appell, einzutreten in die Reihen der organisierten Steinarbeiter Deutschlands, zum Wohle des einzelnen wie der Allgemeinheit, schloß Redner seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen. An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich Herr J. Adelman und sein Polier, Herr Klippel. Ersterer führte ungefähr folgendes aus: Der Referent habe zwar von der Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer gesprochen, aber nicht davon, was die Unternehmer bei Arbeiten drauflegen müssen (!). Durch die schlechte Konjunktur in den letzten Jahren sei er gezwungen gewesen, Arbeiten billiger zu übernehmen als sonst, damit nur seine Leute beschäftigt hätten. Die Arbeiter seien doch noch besser dran, wenn sie in ihrer Heimat wären, als in der Fremde, wo sie allerdings einige Mark mehr verdienen. Tatsache sei es ja, daß die Lebensmittelpreise bedeutend gestiegen seien, und sich infolgedessen die Ausgaben der Arbeiter für Nahrungsmittel gesteigert hätten, aber sie (die Unternehmer) könnten nichts dafür (!). Er führte weiter aus, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, wenn sich die Arbeiter organisieren; nur dürften sie nicht zu viel verlangen. Dem Kollegen Breunig war es leicht, Herrn Adelman zurechtzuweisen, indem er ihm einige Submissionsblüten vorhielt, und die Millionenschuldung des verstorbenen Herrn Winterheld in Miltenberg erörterte. Redner führte verschiedene Dividendenverteilungen großer Aktiengesellschaften an und ermahnte zum Schluß Herrn Adelman, uns keine Schwierigkeiten in der Ausübung unsres Verbandes zu machen. Nachdem Herr Adelman, sein Polier und sein Buchhalter das Lokal verlassen hatten, wurde zur Gründung einer Zahlstelle geschritten. Von 40 bis 45 anwesenden Kollegen bezahlten 26 sofort die Aufnahmegebühren. In den Ausschuh wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender Johann Zimmermann, 2. Vorsitzender Gg. Diehm, Kassierer Gg. Meier, Schriftführer Karl Dierdorf, Revisoren Valentin Freudenberger und Johann Adler. Zum Schluß ersuchte Kollege Breunig die Kollegen, die gewonnene Position hochzuhalten, auszubauen und Klassenkämpfer zu werden. Mit einem Hoch auf den Deutschen Steinarbeiterverband wurde die imposant verlaufene Versammlung geschlossen.

**Weimar.** Hier fand im Lokal des Herrn Dielemann am 5. März eine sehr gutbesuchte Versammlung statt, denn es waren über 200 Kollegen erschienen. Kollege Albrecht eröffnete die Versammlung, dann erhielt Gauleiter Bie wig das Wort. Das Thema lautete: Kapital und Arbeit. Durch die Beifallskundgebungen der Kollegen konnte man ersehen, daß B. es in vorzüglicher Weise verstanden hat, seine Zuhörer zu fesseln. Auch sein Vortrag durch manche heitere Sätze gewürzt. Ein Kollege hielt ebenfalls eine Ansprache, in der er die noch fernstehenden Kollegen ermahnte, sich dem Verbande anzuschließen. Zum Schluß brachte der Vorsitzende ein Hoch auf den Verband aus, welches mit Begeisterung aufgenommen wurde. Auch war ein Brauemeister und der Rantienwirt in der Versammlung erschienen, was uns aber nicht hinderte, manche üblen Mißstände vorzubringen. Auch wurden die Kollegen ermahnt, nur in solchen Wirtschaften zu verkehren, die den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen. Hoffentlich wird es nun auch in Dörrnberg anders werden, indem wir dort bald eine Versammlung abhalten können.

### Rundschau.

**Pflastersteinindustrie und Arbeiterfrage.** Die westdeutschen Steinbrucharbeiter laufen gegen den § 10 der Bundesratsverordnung Sturm. Den Herren paßt die Bestimmung nicht, daß die jugendlichen Arbeiter nicht beim Abräumen, bei der Steingewinnung und Rohaufbearbeitung von Steinen beschäftigt werden dürfen. Doch der Reichsstaatsrat hat die Unternehmerpetition in ablehnendem Sinne beantwortet. — Das paßt nun den Herren nicht und so haben sie eine neue Eingabe in dieser Sache losgelassen. Es wird geradezu zum Skandal, daß die Unternehmer der Steinindustrie in so auffälliger, sozialpolitisch rückständiger Weise gegenüber den bundesrätlichen Bestimmungen auftreten. — Die Unterzeichner der Petition, die Herren S a a s und E g g e r m a n n mögen doch gleich sagen, die ganze Bundesratsverordnung paßt uns nicht.

Die Pflastersteinindustriellen hielten am 17. Februar in Berlin eine außerordentliche Hauptversammlung ab. Es wurde als wichtigster Punkt die Pflastersteinfrage behandelt. Es mußte bezeichnenderweise darauf hingewiesen werden, daß die Zolleingaben auch einige Irrtümer aufweisen. Dem Direktor Herrn S a a s wird es nicht unangenehm gewesen sein, wenn er eine solche Konstatierung machen mußte.

**Rentables Geschäft.** Der Abschluß des Betriebsjahres 1910 der Hohenburger Quarz- und Porphyrbwerke (in Sachsen gelegen) verzeichnet einschließlich 24 699 (29 787) Mark Vortrag aus 1909 einen Bruttogewinn von 486 646 (429 476) Mark, worunter 403 795 (356 725) Mark Ertragnis der Steinbrüche. Andererseits erforderten die gesamten Unkosten 170 074 (153 984) Mark, als Abschreibungen sind 58 725 (60 457) Mark vorgezogen, so daß sich der Reingewinn einschließlich des Vortrags auf 259 848 (215 036) Mark stellt. Hieraus sollen wiederum 8 Prozent Dividende verteilt, 37 992 (10 752) Mark des Reservefonds überwiesen und nach Abhebung der Prämien, Gratifikationen und des Zuschusses zum Pensionsfonds im Gesamtbetrage von 40 923 (27 584) Mark auf neue Rechnung 28 932 Mark vorgetragen werden. Hierzu wird im Bericht u. a. ausgeführt:

Das Jahr 1910 hat nicht alle Erwartungen in Erfüllung gehen lassen, die von der Steinindustrie bei Beginn desselben gehegt wurden. Ganz besonders gilt dies von der Pflastersteinindustrie. Der im Jahre 1910 längere Zeit andauernde Ausstand (Die Aussperrung! Die Red.) der Bauarbeiter hatte zur Folge, daß eine große Anzahl von geplanten Straßenbefestigungen nicht zur Ausführung gelangen konnte, weil die hierbei erforderlichen Brücken, Kanäle, Unterführungen usw. nicht rechtzeitig fertiggestellt wurden. Die natürliche Folge dieses Umstandes war, daß die Baubehörden die Pflastermaterialien nicht abnehmen konnten. Die Folge des wenig guten Geschäftsganges in Reihenssteinen war, daß man sich, soweit angänglich, allgemein der Produktion der billigeren, polygonalen Pflastersteine und der Kleinpflastersteine in erhöhtem Umfange zuwandte, zumal da in diesen Steinarten ein ziem-

lich befristender Geschäftsgang verzeichnet werden konnte. In Steinschlag und Kofsteinen war der Umsatz ein recht belangreicher. Mit Beginn des Jahres 1911 haben wir den bis dahin verpachtet gewesenen Steinbruchbetrieb bei Ködnitz in eigene Regie übernommen. Dieser Betrieb wird völlig neu eingerichtet und die Einrichtung wird bis zum April d. J. durchgeführt sein. Wenn im laufenden Jahre auch noch nicht mit der vollen Leistungsfähigkeit dieses Betriebes gerechnet werden kann, so wird doch immerhin unsere Leistungsfähigkeit in Lieferung an Pflastermaterial usw., schon in diesem Jahre nicht unwesentlich erhöht, und hoffen wir bei den nicht unglücklichen Ausfällen, die das Jahr 1911 bietet, durch den erhöhten Umsatz wiederum ein zufriedenstellendes Resultat zu erzielen.

Trotzdem also nicht alle Erwartungen erfüllt worden sind, haben die Aktionäre doch immerhin ein hübsches Geschäft gemacht; sie bekommen, wie im Vorjahre, 8 Prozent Dividende und haben dabei die Hoffnung auf ein weiteres gefegnetes Jahr. Das ist der Segen der Arbeit, von dem allerdings die Arbeiter nie etwas spüren. In den Geschäftskrisen der Steinindustrie wird aber das Vieh vom schlechten Geschäftsgange weiter gesungen.

**Ein Rechtsstreit,** der fast zwei Jahre lang gedauert hat, ist jetzt endlich beendet worden. Der Arbeiter S., der von seinem Arbeitgeber in Freyburg (Pr. Sa.) in der Landwirtschaft und im Steinbruch beschäftigt wurde, verunglückte in letzterem Betriebe so schwer, daß ihm in der hiesigen Klinik ein Bein abgenommen werden mußte. Von dem Arbeitgeber war jedoch der Steinbruchbetrieb bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft als Nebenbetrieb angemeldet, und diese lehnte die Auszahlung einer Rente ebenso wie die Steinbruchberufsgenossenschaft ab. Gegen diesen Bescheid legte der Verletzte Berufung bei dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Merseburg ein; dieses entschied dahin, daß der umfangreiche Steinbruchbetrieb des Arbeitgebers nicht als Nebenbetrieb angesehen werden könne; dem Kläger bleibe es überlassen, seine Ansprüche bei der in Frage kommenden Berufsgenossenschaft geltend zu machen. Gegen dieses Urteil legte der Kläger Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein, das nachmals die genauesten Ermittlungen anstellte und folgenden Urteilspruch fällte: „Der Rekurs gegen das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung wird zurückgewiesen. Die Steinbruchberufsgenossenschaft wird verurteilt, den Kläger aus Anlaß des Unfalls vom 18. Juli 1908 zu entschädigen.“

**Christliche Agitationsweise.** Beim Solnhofener Lithographie-Steinarbeiterstreik und andern Gelegenheiten wurde von den Christen im Keramarbeiterverband die Behauptung aufgestellt, daß die Mitglieder des Steinarbeiterverbandes der Ausschuh unter den Steinarbeitern sind, die sie doch nicht in ihren Reihen haben möchten. An diese Äußerung wird man unwillkürlich erinnert, wenn man Gelegenheit hat, die eigentümliche Agitationsmethode der braven Christen zu beobachten. In Nr. 3 des „Steinarbeiter“ von diesem Jahre wurde von der Zahlstelle Dörfenbürg der Ausschuh der Mitglieder Karl Völz und Gustav Klein bekannt gemacht. Am 20. Januar wird das Fachblatt in Händen des Keramarbeiterverbandes gewesen sein und am 22. Januar erhielt der Ausschuhlofene G. Klein einen säuberlichen Schreibbrief und 6 Exemplare der Sudelschrift über den Steinarbeiterverband. Das sind also die Wege und das Agitationsgebiet der Christen.

Die Herren Keramiker müssen um ihre Zukunft schon recht bange sein, wenn sie mit solchen Deuten in Verbindung treten. Diefelbe Geschichte hat sich überdies seinerzeit auch in Kiefersfelden zugetragen. Diejenigen, die beim Kiefersfeldener Streik die Interessen der Firma vertraten, kletterten dann an die Spitze der christlichen Zahlstelle. — Wir kondolieren. —

**Felssturz.** Im Rogelschen Steinbruch in Miltenberg (Unterfr.) führten unter hartem Getöse mehrere hundert Kubikmeter Felsen ab, die sich anscheinend durch das Regenwetter gelockert hatten. Als ein großes Stück in es zu betrachten, daß es Deuten des Bauunternehmers Greulich noch im letzten Augenblick gelang, sich vor dem plötzlich abstürzenden Gestein in Sicherheit zu bringen.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 20. Februar bis mit 4. März 1911. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

- Emden, B. 4.80. Saage, B. 4.90. Unterzell, B. 4. —. Merseburg, B. 3. —. E. 0.50. Heppens, B. 13.80. K. 0.80. Fürstenwalde, B. 1. —. E. 0.50. Reichenbach i. D., B. 3. —. Wogen, Ab. 0.90. Abelebens, B. 48. —. E. 0.25. Bremke, B. 11.75. M. 1. —. Demitz-Thumitz, B. 708. —. E. 50. —. K. 40. —. M. 4. —. Giebelstadt, B. 210. —. Hemsbach, B. 120.80. K. 16.20. Königshain, B. 191.75. Plauen, 37.50. Springe, B. 42. —. Wiesbaden, B. 54. —. Steinen, B. 12. —. M. 6. —. Königslutter, B. 143.22. K. 0.70. Heppenheim, B. 215. —. E. 5. —. K. 37.50. Bleichke, Ab. 4.80. Greifswald, B. 3.50. K. 0.10. Stadtilm, B. 8.10. K. 0.20. Rotenburg (H.), B. 4.40. Niederoderwitz, B. 4. —. Arnstadt, Ab. 3.20. Mannheim, B. 30.50. E. 0.50. K. 2. —. Div. 5.50. Hilders, B. 121. —. Raulbrunn, K. 3.50. Brudmühl, B. 24. —. K. 0.45. Weicha, B. 450. —. Baumholder (Mannheim), B. 6. —. Zinnhain, B. 26. —. E. 17.50. Kirchenlamitz, B. 68. —. Leipzig, Ab. 94.80. Zaucha, B. 2. —. Gasserode, B. 149.50. K. 0.50. Gebweiler, B. 71.53. E. 5. —. M. 1. —. Jena, Ab. 2.40. Burg, B. 1.80. Leer, B. 2.40. E. 0.60. Pafewall, B. 4. —. E. 0.50. Apolda, B. 2.40. Wilhelmshafen, B. 10.80. Heide, B. 7. —. K. 1. —. Storfow, B. 6.50. Zöblitz, B. 2.40. K. 2.80. Nemscheid, B. 4.80. Vernburg, B. 4.80. Perleberg, B. 4.80. Reiningen, B. 4.80. Oberglogau, B. 3. —. Weha, Ab. 3.20. Groß-Gotta, Ab. 2.40. Sommerfeld, Ab. 2.40. Brede, Ab. 2. —. Brudmühl, B. 76. —. K. 9.55. Bayreuth, B. 84. —. Blombacherbach, B. 47. —. Königshütten, B. 168. —. K. 10. —. Kürnberg, B. 102.25. E. 2.50. K. 10. —. Wittweida, B. 230. —. Niedermendig, K. 10. —. Schwarzenbach, B. 210. —. K. 60. —. Münschelburg, B. 84. —. K. 6.70. Rostock, B. 568. —. E. 5. —. K. 20. —. Pforzheim, B. 27. —. Mittelsteine, K. 8.80. Manen, B. 230. —. Hannover, K. 20.80, M. 8. —. Gommern, B. 392. —. E. 8. —. Falkenhain, B. 126. —. E. 4. —. Eschershausen, B. 136. —. K. 12. —. Gamsch, B. 3.60. K. 0.40. Triefel, B. 3.50. Siepe, B. 2.40. Sangerhausen, B. 0.60. E. 0.50. Burghausen, K. 1.30. Bernsd, B. 283.50. E. 1. —. K. 10.20. Ab. 1.50. Baugen, B. 57.14. E. 24.25. K. 31.30. M. 1. —. Düsseldorf, B. 134.75. K. 20. —. M. 1. —. Gelsenkirchen, B. 50. —. Kaiserslautern, B. 63. —. K. 20. —.

Ludwig Geist, Kassierer.

### Allgemeine Bekanntmachungen.

**Berlin.** Kollegen, welche zum 1. April ihre Wohnung wechseln, werden ersucht, ihre alte und neue Adresse bis zum 13. März im Verbandsbureau einzureichen. Die Ortsverwaltung.

**Dresden, Pirna und Umgegend.** Alle zureisenden Kollegen werden ersucht, bevor sie um Arbeit ansprechen, sich in Pirna im Volkshaus (Bureau), Zimmer Nr. 10 und in Dresden beim Kollegen Paul Berger, Pflanzengasse 28, IV. zu melden. Die Ortsverwaltung.

**Gotha.** Das Verbandsbuch des Kollegen Karl Bauer, geboren zu Weierhof (Banern) liegt hier. Derselbe möge seiner Verpflichtung der hiesigen Zahlstelle gegenüber sofort nachkommen. R. Walther, Kassierer.

**Düsseldorf.** Dem Kollegen Joseph Schönmann ist sein Verbandsbuch (Nr. 12007) nebst Reisekarte gestohlen worden. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Die Ortsverwaltung. **Ebendorf.** Der Kollege Friedrich Ost hat sein Verbandsbuch (Nr. 12544) verloren. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Die Ortsverwaltung.

**Kappelroed.** Der Kollege Debiagi Luigi wird aufgefodert, seinen Verpflichtungen in Ringelbach nachzukommen, indem er sonst seine Kollegen in Mißkredit bringt. Joh. Weindl.

**Obenburg.** Der Kollege Artur Langer ist von hier abgereist und hat sein Verbandsbuch in Unordnung liegen lassen. Wir ersuchen denselben, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber nachzukommen. S. Metkowsky, Kassierer.

**Würzburg.** Ab 12. März wird die Reiseunterstützung im Gasthaus zur blauen Glocke, beim Kollegen Sebastian Sauer ausbezahlt. Im genannten Gasthaus befindet sich auch unser Versammlungslokal. Die Ortsverwaltung.

**Karlsruhe (Baden).** Die Kollegen Adam Mantel und Bürgermeister werden ersucht, umgehend ihre Adresse an Unterzeichneten einzusenden. Es handelt sich um Auskunf in einer dringenden Angelegenheit. Hugo Braun, Karlsruhe, Rudolfstraße 18.

### Neue Zahlstelle.

**Frohburg (4. Gau).** Vorf.: Emil Frenzel, Brauhausgasse 53. Kass.: Herm. Uhlisch, Schlossergasse 238.

### Adressen-Änderungen.

**Darmstadt.** Kass.: Johannes Bod, Pantratusstr. 29, Hof. **Serbeke (Nubr.).** Vorf.: August Fufuleit. Kass.: Konrad Kramer. Beide Schmahlestraße wohnhaft.

**Aunkirchen.** Vorf.: Johann Zellner, Steinhauer in Grafenmühl (Post Aunkirchen.)

### Briefkasten.

**B. A.** Wir haben Deine Angelegenheit einem gewiegten Anwalt unterbreitet, ohne Kenntnis der Akten aber kann auch er eine sichere Rechtsauskunft nicht erteilen. Besten Gruß. — **R.** Kommt nicht in Frage. — **S.** Die Anzeige muß laut § 63 des G. U. B. binnen drei Tagen erfolgen. Allerdings hat eine spätere Meldung unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls noch Gültigkeit. — **(?)** Anonyme Zuschriften veröffentlichen wir nicht. — **Dichter** aus der schlesischen Töpferstadt. Leider nicht verwendbar. Aber Kollege, Du hast Humor, wie Deine Schlussbemerkungen zeigen. — **J. 20.** Eine Klage wird fruchtlos sein. — **Reiffenhäuser.** Aus prinzipiellen Gründen müssen wir eine diesbezügliche Auskunft ablehnen. Viele Grüße. — **R. J.** Der gefasste Beschluß war recht ungeschickt. Wo bleibt die Kollegialität. — **A. und andere.** Daß die Kollegen in den Zahlstellen A., B., C. usw. in Lohnbewegung stehen, veröffentlichten wir aus taktischen Gründen nicht. Den Unternehmern wäre es allerdings sehr angenehm, wenn wir so verfahren würden. — Wenn auch 2—3 Kollegen zureisen, deshalb geht der Erfolg noch nicht zum Teufel. — Ueber die geplanten Lohnbewegungen führen wir den Unternehmern zuliebe, keine öffentliche Liste. — **Hardheim.** Wurde bloß zurückgestellt. Aber g'schnauzt muß bei Euch sein. Besten Gruß. — **L. in D.** Müssen wir aus taktischen Gründen ablehnen. Wenn die Kollegen nicht in die Versammlung kommen, dann ist am besten, wenn ein Vubenrecht abgehalten wird. — **100. A. 1.** Wenn der Steinmeß beim Steintransport verunglückt, so gibt es eben die Rente, die ihm laut seiner Verdingungsverträge zufließt. Daß Betreffender mit einer Tagelöhnerrente abgespeist wird, ist natürlich unrichtig. **2.** Zweifellos muß der Unternehmer, wenn der angegebene Verdienst richtig ist, seinen Arbeiter in die 5. Klasse der Invalidenversicherung anmelden. Besten Gruß.

## Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

**Achtung, Steinarbeiter von Würzburg u. Umgebung!**  
Sonntag, den 12. März, vormittags 10 Uhr  
**Monatsversammlung**  
im Gasthaus zur blauen Glocke.  
Es ist wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung Pflicht jedes einzelnen Kollegen, zu erscheinen. Statistiken sind mitzubringen.  
Der Einberufer: **And. Göpfert.**

**Schürzen** Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, **Jacketts, Leder- und Buckskin-** **Sofen** in eigener Anfertigung empfindlich preiswert  
**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
**Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.**  
**Granit-Steinmetzen**  
auf schleifrechte Arbeit finden sofort Stellung.  
**Hameler Granitwerk (Mainzer & Co.)**  
G. m. b. H.  
Sameln bei Hannover.

**Gestorben.**  
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)  
In **Crailsheim** am 2. März der Kollege **Johann Fabian**, 38 Jahre alt, an Kehlkopfschwindhsucht.  
In **Deutmannsdorf** am 3. März der Kollege **Joseph Regner**, 24 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In **Seeres** am 27. Februar der Kollege **Johannes Raser**, 44 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In **Hardheim** am 23. Februar der Kollege **Vincenz Söhr**, 23 Jahre alt, an der Lungenschwindhsucht.  
In **München** am 21. Februar der Kollege **Peter Holzmeier**, 51 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In **Pirna** am 3. März der Kollege **Karl Ernst Wänig**, 47 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In **Sirgwis** am 2. März der Kollege **Friedrich Vormann**, 43 Jahre alt, an Rippenfellentzündung.  
In **Ströbel** am 27. Februar der Kollege **Joseph Dbst**, 37 Jahre alt, an Gehirnerschütterung.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: **A. Staudinger**, Leipzig.  
Verlag von **Paul Starke** in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei **Klasing & Co.**

## Pflastersteinzollrummel.

IX.

### Schlußbetrachtung.

Die Hartsteinindustriellen operieren den Steinarbeitern gegenüber mit dem Argument, wenn der Zoll kommt, dann können auch höhere Arbeiterlöhne bezahlt werden. Daran glauben wir nicht. Die liebe Konkurrenz unter den deutschen Steinindustriellen wird — wie bisher — dafür Sorge tragen, daß für die Arbeiter wiederum nichts übrig bleibt. Nur wenn es den Pflastersteinarbeitern mit Hilfe des Zentralverbandes deutscher Steinarbeiter gelingt, Tarifverträge zur Anerkennung zu bringen, dann erst wird die Schmuckkonkurrenz auf ein Minimum reduziert werden können. Die Marmorgeschäftsinhaber haben beispielsweise nicht zu befürchten, daß vom Auslande fertige Steinmeharbeiten und Möbelwaren eingeführt werden, und doch sind die Löhne in der Marmorbranche sehr gering. In den süddeutschen Sandsteinbetrieben werden die Löhne bezahlet, die aller Beschreibung spotten, trotzdem diese Industrie die Auslandskonkurrenz gar nicht zu befürchten hat. Es ist bloß ein geschickter „Blender“, wenn die Unternehmer behaupten, die Schutzzölle würden ohne weiteres höhere Arbeitslöhne bringen. Wenn diese Behauptung richtig wäre, dann müßten die Arbeitslöhne in England und Amerika am niedrigsten sein. Jeder Kollege weiß, daß das Gegenteil richtig ist.

An die höhere Entlohnung, falls der Pflastersteinzoll kommt, glauben wir also nicht, aber allerdings wird eintreten, daß in der Hartsteinindustrie um etliche Tausend mehr Arbeiter Beschäftigung finden würden. Die Unternehmer in Schlesien und Sachsen würden abermals ihre Betriebe vergrößern können, aus landwirtschaftlichen Gegenden, und insbesondere aus dem Auslande, würden frische Arbeitskräfte herangezogen. Und in 3 bis 5 Jahren können wir dann wiederum in den Unternehmerschicksalsschriften das Lied lesen von der Ueberproduktion an Pflastersteinen und dem schlechten Stand der Hartsteinindustrie. Erlaubt sich der Arbeiter auf Grund des etwaigen Zolles eine Lohnforderung zu stellen, dann heißt es: Ja, die deutsche Konkurrenz ist so groß, daß eine Lohnzulage nicht gewährt werden kann.

In der Nr. 3 Jahrg. 1911 der „Monatschrift für die Steinbruchsberufsgenossenschaft“ wird beispielsweise darauf verwiesen, daß schon im Jahre 1888 Prismen dritter Klasse nach Berlin frei Depot 13.75 bis 14.70 Mk. pro Quadratmeter kosteten. Heute dagegen zahlt die Stadt Berlin für jene Sorte bloß mehr 8 Mk. Da müssen wir aber schon fragen, warum damals die sächsischen Unternehmer ihre Arbeiter nicht höher entlohnt haben?

Was den deutschen Pflasterstein- und Schotterwerken dringend zugestanden werden muß, sind niedrigere Eisenbahnfrachtsätze. Wenn in dieser Beziehung die Unternehmer wirken wollen, so haben sie auch die Unterstützung der Arbeiter.

Die Steinindustriellen müssen gerade jetzt in scharfer Weise opponieren, daß die geplanten Schiffsfahrtsabgaben nicht Gesetz werden. Wenn die Mehrheit des Bundesrats ihre Wünsche durchsetzen kann, so beim Reichstag, und den Nachbarländern Österreich und Holland, dann wird die deutsche Hartsteinindustrie allerdings empfindlich geschädigt.

Auf den technischen Hoch- und Mittelschulen muß zweifellos der Mineralogie und der Petrographie (Gesteinskunde) mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die genannten technischen Bildungsanstalten besitzen nur in den seltensten Fällen eine vollkommene Sammlung

der deutschen Gesteinsarten. Die Baugewerk- und Tiefbauhörsäle bilden die mittleren Straßenbautechniker aus, aber den Studierenden wird in nur oberflächlicher Weise das Vorhandensein der deutschen Granit-, Diabas- und Basaltgesteine usw. erklärt.

Die Steinindustriellen müssen auch dafür Sorge tragen, daß sie für ihre Erzeugnisse zukünftig bessere Klame treiben. Wie beschämend war es in dieser Beziehung auf der Allgemeinen deutschen Bauausstellung in Leipzig 1909 bestellt. Was da die deutschen Hartsteinindustriellen in der Ausstellung zeigten, ist kaum der Erwähnung wert. Bei andern Ausstellungen war es dasselbe. Wie rühmig sind dagegen die Kunststeinfabrikanten! — Wir haben ganz leistungsfähige Werke, die über einen sehr geschulten Arbeiterstamm verfügen, und somit ganz Vorzügliches vorführen konnten, aber die Scheu vor Ausstellungen ist unter unsern Industriellen eine geradezu ungeheuerliche. Es ist bezeichnend, daß über die umfangreiche deutsche Steinindustrie noch nicht einmal ein erstklassiges literarisches Werk geschrieben ist. Ja, wo sollen sich denn unsre Techniker über die Güte der deutschen Materialien informieren? Es fehlt an übersichtlich angelegten Gesteinsammlungen, und mit der einschlägigen Fachliteratur ist es noch ungünstiger bestellt.

Bei der Erschließung von Steinbrüchen müssen tüchtige Geologen, die ebenfalls die Gesteinsverarbeitung schon eingehend studiert haben, zu Rate gezogen werden. Dadurch, daß oftmals zwar harte, aber sonst für Pflastersteinzwecke sehr ungeeignete Materialien Verwendung finden, wird die deutsche Steinindustrie in ihrem Ansehen empfindlich geschädigt. Die beliebte Methode so vieler Unternehmer, bei erstklassigen Sorten auch minderwertiges Material mit einzuschmuggeln, wurde schon manchem zum Verhängnis. Wenn ein solches Vorgehen zwar nicht strafbar verfolgt werden kann, so wird die Folge sein, daß bei einer späteren Submission solche unlautere Unternehmer keine Aufträge mehr bekommen. — Es ist der Steinindustrie nicht förderlich, wenn man allen Schund zu Pflastersteinen verwenden will. Die Stadtverwaltungen müssen mit den eingesammelten Steuergroschen ebenfalls wirtschaftlich umgehen und so müssen sie schon verlangen, daß ihre Lieferungen zur Zufriedenheit ausgeführt werden.

Die Steinindustriellen haben auf die Stadtverwaltungen einzuwirken, daß in erster Linie heimisches Pflastersteinmaterial verwendet wird. Wir können es auch nicht begreifen, daß einzelne Städte in Mitteldeutschland meist ausländisches Pflastersteinmaterial bevorzugen. Ganz und gar erst finden auch wir es verwerflich, wenn einige Stadtverwaltungen bei Pflastersteinslieferungen sogar ausländisches Material vorschreiben.

Als ein großer Mißstand muß es bezeichnet werden, daß viele deutsche Steinbrüche ohne Anwendung gut bewährter maschineller Einrichtungen betrieben werden. Gute Krähne, Bohrmaschinen, Transportgeleiseanlagen usw. fehlen in recht vielen Betrieben.

Notwendig ist ferner, daß sich die Steinindustriellen mehr wie bisher mit ihren Arbeitern über Lohn- und Arbeitszeitfragen verständigen. Nur wenn detaillierte Tarifverträge zum Abschluß gebracht werden, wird die Möglichkeit gegeben, die unlautere Konkurrenz zu besitzigen. In einigen Granitgebieten wurden aber bisher die Arbeiter öfters ausgesperrt, damit die Löhne gekürzt werden konnten. Glücke es, den Arbeitern einen Lohnabzug aufzuoktronieren, dann wurden die Offerten wiederum billiger gestellt und das Lamento über die schlechte Geschäfts- und Berufslage erscholl mit gekränkter Stimme aufs neue.

Wenn unsre Anregungen Berücksichtigung finden, dann kann uns die schwedische Konkurrenz nicht gefährlich

werden. Es wird dann möglich sein, daß innerhalb kürzester Zeit in Mittel- und Westdeutschland nur mehr heimisches Pflastersteinmaterial verwendet wird.

## Die Wandlung der christlichen Gewerkschaftstaktik.

I.

Wer die Entstehungsgeschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung kennt, der wird sich über die Scheitelpolitik und die Doppelzüngigkeit der christlichen Gewerkschaftsführer kaum noch wundern. Die Hintermänner dieser Bewegung verfolgten den Zweck, der modernen Gewerkschaftsbewegung das Wasser abzugraben und alle die christlichen Arbeiter, die ihre Lebenshaltung heben und besonders ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern wollten, an ihre Fahne zu fesseln. Deshalb gebrauchten sie einen schlaun Erid: sie gründeten gewerkschaftliche Organisationen auf christlich-nationaler Grundlage, wobei sie durchschimmern ließen, daß der Kampf um die wirtschaftliche Hebung eigentlich die Hauptsache sei, während Christentum und Patriotismus mehr als Anhängelschild dienen sollten; sie betonten den Arbeitern gegenüber den Kampfcharakter der Gewerkschaften und erklärten, daß sie bei der Vertretung der Arbeiterinteressen auch vor dem rücksichtslosesten Kampfe nicht zurückschrecken würden, den bürgerlichen Kreisen gegenüber hüllte man sich in den arg durchlöchernten Mantel der christlichen Weltanschauung und schimpfte dabei auf den sozialdemokratischen Klassenkampf.

Die Agitationsweise der christlichen Gewerkschaftsführer ist ein sprechender Beweis für den Doppelcharakter resp. für die Charakterlosigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Da man auf das Wohlwollen der lieben Geistlichkeit angewiesen war, drängte man den religiösen Charakter in den Vordergrund und spielte sich auf als ein festes Bollwerk gegen die steigende Flut des Unglaubens, gleichzeitig renommierte man, um sich von der Gnadenzone des Staates bescheiden zu lassen, mit der nationalen Gefinnung, und die Treue gegen Kaiser und Reich wurde bei passender und unpassender Gelegenheit als das charakteristische Merkmal eines echten Christen bezeichnet. Und die Spekulation auf die Gunst des Bürgertums wurde dadurch unterstützt, daß man sich als die unbeflegbare Schutztruppe gegen die umstürzlerische Sozialdemokratie gebärdete. Den christlichen Arbeitern aber, denen ein menschenwürdiges Dasein die Hauptsache war, erzählte man, daß ihre wirtschaftlichen Interessen nirgends tatkräftiger und erfolgreicher vertreten werden könnten, als gerade in den christlichen Gewerkschaften, die in allererster Linie Kampforganisationen seien und sich in der Vertretung proletarischer Interessen von niemandem, von keinem Bischof und keinem Papste, beschränken ließen; um die sozialdemokratische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, nahmen die Herren Führer manchmal den Mund recht voll und renommierten mit ihrem rücksichtslosen Kampfe gegen das ausbeuterische Unternehmertum.

Eine solche Agitationsweise, bei der sich die Macher wie Gierhändler zwischen den verschiedenen Interessengruppen hin und her bewegten, mußte naturgemäß überall Anstoß erregen und in allen beteiligten Kreisen die Kritik herausfordern. Wenn sich die christliche Gewerkschaftsbewegung wie ein in allen Farben schillerndes Chamäleon vor dem geeigneten Publikum produzierte und überall auf Beifall rechnete, so war diese Berechnung falsch, denn von allen Seiten flogen statt der Ruhmesstränge die faulen Eier herbei.

Da erschienen zunächst die „wahren“ Christen auf dem Plane, die darüber ungehalten waren, daß die christlichen Gewerkschaften ein verwaschenes, verschmommenes Christentum verträten, anstatt offen Farbe zu bekennen; sie forderten eine klare Stellungnahme in religiösen Fragen und eine Betonung der christlichen Weltanschauung anstatt einer Hervorhebung der wirtschaftlichen Interessen, vor allen Dingen aber verlangten sie, daß die kirchliche Autorität als die höchste Instanz anerkannt werde, der die Entscheidung über alle Fragen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Art zustehet. Und wenn die christlichen Gewerkschaftsführer gegen den Stachel zu liden wagten und den gewerkschaftlichen Charakter sowie die Unabhängigkeit ihrer Organisationen von kirchlichen Einflüssen betonten, so wurden sie von ihren Brüdern in Christo, die die strenge Richtung vertreten, mit ganzen Kübeln duftender Jauche übergossen, wobei die Hirten und Oberhirten ihre gefalteten Häupter schüttelten. Diese Kämpfe um die „richtige“ Organisationsform im Lager

## Baukünstlerische Imitationen.

Von Joseph Klische.

Der chronische Niedergang der ehemals so blühenden Elbsandsteinindustrie resultiert bekanntlich aus der Verdrängung des echten Steines durch künstliche Stoffe und durch die Imitation der Fassaden mit allerlei Blendungsmitteln. In unsrer Zeit, wo die Imitation sich bis auf die kostbarsten Artikel erstreckt, ist natürlich auch die Baukunst von diesem aus Billigkeitsgründen angewandten Bestreben nicht verschont geblieben und die Nachahmung von Sandstein- und Marmorflächen wird heute durch minderwertige Stoffe in so täuschender Weise bewerkstelligt, daß die Unterscheidung nicht nur dem Laien, sondern vielfach bereits dem Fachmann schwer wird. Die neuen Stoffe hatten aber auch wieder neue Formen zur Folge, so daß die Täuschung in zweifacher Beziehung vor sich gehen konnte.

Wenn in einem modernen Weintunnel ein einfarmer Zecher nach reichlichem Zuspruch philosophische Betrachtungen etwa im Stile des seligen schwäbischen Magisters Wilhelm Hauff anstellt, so wird er nicht nur die lustigen Gestalten des Bremer Ratsherrn vor seinem Geiste sehen, sondern auch die Umgebung aus jener Zeit ist wirklich vorhanden. Ein romanisches oder gotisches Gewölbe bedeckt die stille Klausel und schmale Nischen reihen sich, wenn nicht eine furnierte Holzverkleidung vorhanden ist, an den niedrigen Wänden entlang. Die alchymische Umgebung, die zum stillen Genießen gehört, scheint somit vorhanden, aber so wenig wie der Stoff im Glase heute mit dem aus Urwäldern etwas gemein hat, so wenig hat es auch die „steinerne“ Umgebung des Zechers. Die im strengsten Stile durchgeführte Dede mit ihren Graben und Ausläufern hat mit dem massiven Steingewölbe von ehemals nichts weiter gemein, als die äußere Ähnlichkeit. Beim Bau wurde einfach in einer gewissen Höhe von der Balkendecke entfernt ein Drahtnetz gespannt, das unter Zuhilfenahme von Eisenstäben, die an den Balken befestigt wurden, je nach Belieben an den einzelnen Stellen hoch und niedrig gelassen wird. Hat man nun die gewünschte hübsche Lage heraus, so wird das freischwebende Drahtgewebe mit Gipsmörtel verputzt und fein geglättet, worauf der Maler kommt und die nötigen nackten Göttergestalten aufträgt und das romanische oder gotische Gewölbe ist in hochkünstlerischer Formvollendung fertig. Das ist gut und solide, d. h. solange bis etliche Drahtstäbe verfaulen und dem philosophischen Zecher eine Portion gotisches Gewölbe in den Röhren fällt und ihn aus seinen Betrachtungen aufrüttelt.

Wendet sich dann der Gast mit Grausen von jenem Ort und geleitet seine schwankende Herrlichkeit die Stufen des Kellergehosses hinauf ins Parterre, so wähnt er zuweilen, daß die Stufen nicht genügend Widerstandsfähigkeit besäßen. Doch dieser Gedanke ist unbegründet, im Gegenteil, es sind nicht mehr die alten ausgegetretenen Granitstufen, auf denen Faust und Mephisto in Auerbachs Keller hinauf und hinauf ritten, sondern es ist eine aus Zement und Sand geknetete Masse, die heute wohlgeformt den ehrenwerten Herren als Reitbahn dienen würde. Im Hausflur, welchen der Gast durchschreitet, führen ihn wohl die elektrischen Birnen, indem sie die noch in seinem Geiste disputierenden „wölfl“ Apostel völlig verschleusen, zugleich aber werfen sie ihre lichten Strahlen auf die feingekörnte Wandbekleidung, die ihn von allen Seiten umgibt. Eine elfenbeinschimmernde Marmorherrlichkeit, wie man sie früher nicht gekannt, umgibt ihn hier. Feine Aderungen durchziehen die gleichenden Flächen, wie kostbarer Marmor mutet es an, wo hat man jemals solche Pracht gesehen? Vielleicht beim Kalifen Storch oder in den Gemächern Harun al Raschids im fernen Bagdad, sicher aber nicht im sonst gewiß prunkenden Stuttgarter Rathaus, allwo die Mannen des „Sichtenstein“ fleißig die Weder schwingen und debattieren. Man wähnt sicher, daß es Marmorplatten sind, aus dem Gestein gegagt, poliert und schreibweise angefügt. O nein, wenn der Zufall günstig ist, dann sind es wohl Platten aus Masse, doch auch das ist nur in ganz seltenen Fällen Tatsache. Es ist nichts als ein Wand geleiteter Gipsbrei, der hier zwei bis drei Zentimeter stark die Wände dekoriert. Die angeworfene Masse wird sorgfältig geglättet und zum Schluß mit Del und Tripel und vielfach auch mit andern Flüssigkeiten abgegliffen und poliert. Auch Porphyr und Malachit, zwei ebenfalls sehr edle Gesteinsarten, ahmt man auf diese Weise nach.

Diese Nachahmungen reichen nicht nur an den natürlichen Stein heran, sondern sie übertreffen denselben bei weitem noch. So z. B. läßt sich der echte Bruchmarmor nicht immer nach Wunsch polieren. Sehr häufig finden sich eigenartige Aberrationen und andre Unreinigkeiten im Gestein, die in der Farbe von Rosslinien dem Produkt ein sehr unehönes Aussehen geben. Damit haben die künstlichen Stoffe gar nicht zu rechnen, die dunklen Aderungen in dem hellen Gestein sowie die hellen in dem dunklen aber lassen sich in strenger Nachahmung durch Farbe oder Farbstoffe mit Leichtigkeit bewerkstelligen. Nicht erreicht durch Imitation wird beim künstlichen Marmor Härte und Dauerhaftigkeit des echten Steines. Aber in der Prachtentfaltung im Gips- und Studmarmor hat man gerade in den allerletzten Jahren außerordentliches geleistet.

Durchwachte Zecher pflegen am Morgen erst im Café noch

ihr Schälchen zu trinken. Kleine runde Marmortischchen spenden eine angenehme Kühlung, doch von Marmor ist zumeist nur wenig an den runden Labeltischen zu gewärtigen. Wenn es nicht aus Gips zurechtgeknetete Masse ist, dann sicher ist es aus Marmorabfällen, aus dem Bruch gewonnen. Dieser Bruch und Abfall in der echten Industrie wird fein gemahlen und nachher mit zementhaltigen Bindestoffen zu einem Brei gerührt, geformt, geglättet und zuletzt fein poliert. Wer kann hier den Unterschied zwischen der einen echten und den beiden künstlichen Arten feststellen?

Wie der Gips, so läßt sich auch der Zement vorzüglich im Imitationszwecke gebrauchen. Es soll nicht wenig Leute geben, die, wenn sie an gefälligem Ort sich einen Kauf gebolt, auf dem Heimwege Mutmaßungen über die Architektur der Häuserfronten anstellen. Ein liebender Blick schweift aus manchem Auge über die Fassadenformen. Wie Pirnaer Sandstein mutet da manches an, o weh, und wie vieles davon ist nur eine erhärtete Mischung aus Sand und Zement, die sich hier in den schönsten und gewagtesten Formen ergeht. Auch in bezug auf Wetterfestigkeit kann es die Zementmasse so ziemlich mit dem edleren Gestein aufnehmen. Immermehr verdrängt die Zementornamentierung von Jahr zu Jahr den echten Sandstein. Genau so ergeht es schon seit längerem dem Granit. Wo steht man heute auf den Trottoirs noch Granitplatten? Alles wird aus grobem Sand und Zement verfertigt und ist billig. Auch die echte Steinfliese, aus Ton gebrannt, die an ehrwürdige Zeiten gemahnt, verschwindet bereits. Die Terrazzofußböden und zahlreiche andre Bodenbekleidungen aus Zement beherrschen bereits den Markt. Allerdings das Herstellen dieser Masse kannten bereits die Söhne Romas in den germanischen Provinzen. Fußböden aus Zementmasse, deren obere Schicht fein geschliffen und poliert ist und in welche sogar Bildwerke wie Tigerhehen, Gladiatorenkämpfe und ähnliche Szenen hineingearbeitet wurden, zeigen uns bereits die Ruinen des vor fast zweitausend Jahren errichteten bekannten Kaiserpalastes zu Trier.

Falsche Weine, falsche Gesteine. Die Billigkeit ist maßgebend. Und billig sind Steinimitationen in der Baukunst im Gegenfatz zu den echten Stücken. Alte Industrien aehen zugrunde, neue blühen auf. Nachahmung und Täuschung ist die Signatur unsres Zeitalters. Sogar an der prunkenden Kaiserpalast in Bozen hat man in starkem Maße imitierten Kunststein verwendet, und zwar lediglich aus Billigkeitsrücksichten. Obwohl die Rohstoffquellen noch lange nicht verfliegen, hat der Erfindungsgeist des Technikers im Bunde mit der Geschicklichkeit des Arbeiters dem Gewerbe längst künstliche Quellen erschlossen.

der christlichen Arbeiter mit all ihren unangenehmen Begleiterscheinungen sind ja noch in frischer Erinnerung.

Auch Staat und Bürgerium fanden zehnteilig in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein Haar; sie trauten nämlich dem Landfrieden nicht und sie hielten die christlichen Gewerkschafter für unsichere Heeresplünderer, die bei erster bester Gelegenheit desertieren und ins sozialdemokratische Lager abzuweichen würden. Der Klasseninstinkt des christlich-nationalen Bürgertums witterte Unrat und zur Bestätigung dieses Verdachts wies man darauf hin, daß in aufgeregten Zeiten, wenn es einmal darauf ankomme, die christlichen und sozialdemokratischen Arbeiter regelmäßig gemeinschaftliche Sache gemacht hätten. „Arbeiter sind eben Arbeiter!“ so sagte man sich, womit man ausdrücken wollte, daß proletarische Gefühl der Zusammengehörigkeit, das vielgestaltige proletarische Klassenbewußtsein, sei doch stärker als religiöse und nationale Stränge.

Ganz besonders aber häuete sich das Scharmachertum gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung auf, über die die Unternehmerrufen in der gehässigsten, rücksichtslosesten Weise herfielen. Da wurde geschrieben, die christlichen Gewerkschafter seien viel schlimmer und gefährlicher als die sozialdemokratischen, weil sie ihre Separatheit unter dem Deckmantel des Christentums und des Patriotismus vertrieben; die nationalen und religiösen Phrasen hätten lediglich den Zweck, die bürgerlichen Kreise einzuführen und das Unternehmertum in falsche Sicherheit einzuwiegeln, um ihnen dann besser den Hals umdrehen zu können.

Wir wollen es nicht leugnen: die christlichen Gewerkschaftsführer, diese „verkappten Sozialdemokraten“, hatten den Angriffen aus bürgerlichen Kreisen gegenüber manchmal einen harten Stand, man hat ihnen manchmal sehr böse die Hölle heiß gemacht. Im großen und ganzen haben sie sich früher recht wacker gehalten. Wenn sie auch stets mit geschäftigem Eifer die „unberechtigten“ Vorwürfe zurückwiesen und die zahlreichen „Mißverständnisse“ aufklärten, so betonten sie doch noch immer den gewerkschaftlich-proletarischen Charakter ihrer Gewerkschaften und scheuten auch vor einer kämpfartigen Haltung nicht zurück. Sie konnten eben den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der sich in der kapitalistischen Gesellschaft findet, nicht leugnen, und da sie nun einmal Arbeiterorganisationen sein wollten, mußten sie auch die unvermeidlichen Interessenkämpfe als notwendiges Übel mit in den Kauf nehmen. Man konnte in ihren Zeitungen Aeußerungen lesen, die jedem sozialdemokratischen Klassenkämpfer aus der Seele gesprochen waren und mancher christliche Agitator erfreute seine Zuhörer mit einer Kriegserklärung gegen das Ausbeutertum, wie sie schäfer ein Sozialdemokrat auch nicht hätte vom Stapel lassen können. Das proletarische Klassenbewußtsein, das mehr oder minder in jedem Arbeiter steckt, kam trotz aller Verdrängung immer zum Ausdruck, wenn das Kapitalproletariat seine Raubtierkrallen ausstreckte und die christlichen Führer mußten die Waffen in eine Kampfstimmung versetzen, um den sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften die Spitze zu bieten.

Das ist heutzutage ganz anders geworden und die Kampfesweise der maßgebenden christlichen Gewerkschaftsführer hat eine gründliche Wandlung erfahren. Nachdem der Ausbau der Organisationen vollendet ist und nachdem die Führer die Ueberzeugung gewonnen haben, daß der Zustand der christlichen Arbeiter auch weiterhin anhalten werde, suchen sie die christliche Gewerkschaftsbewegung immer mehr ins bürgerliche Fahrwasser zu lenken und die christlichen Arbeiter immer mehr zu Hilfstruppen der bestehenden und bevorrechteten Klassen zu erziehen. Seit einiger Zeit ist ein förmliches Liebeswerben entbrannt um die Gunst der Mittel- und Oberschichten unseres Volkes, wobei der proletarische Charakter der christlichen Gewerkschaftsbewegung immer mehr in den Hintergrund tritt.

## Aus dem Verbandsleben.

Alle zwei Jahre kommen bekanntlich durch Wahl bestimmte Kollegen aus den Zahlstellen zu einer Generalversammlung zusammen, um über das Wohl und Wehe unserer Organisation zu beraten. Die Erfahrungen über die verflochtenen Lohnkämpfe werden dort ausgetauscht und aus diesen Kämpfen die praktische Nutzenwendung für die Zukunft gezogen. Unter anderem wird auf diesen Zusammenkünften die Geschäftsführung der angestellten Kollegen einer Prüfung unterzogen, und soweit ihre Tätigkeit zur Kritik Veranlassung gibt, wird auf Abhilfe gedrungen. Auch die statutarischen Bestimmungen werden der Zeit und den Bedürfnissen angepaßt. Mängel, die sich herausgestellt haben, werden geändert; neue Paragraphen eingefügt usw. Eine solche Zusammenkunft unserer Mitglieder ist die höchste Instanz in der Organisation und in jeder Beziehung beschlußfähig.

In den Jahren, wo keine Generalversammlung stattfindet, ist es in unserm Verbande üblich geworden, daß der Gesamtvorstand und der Verbandsausschuß eine Konferenz mit den Gauleitern einberuft. Diese Konferenzen sind eingeführt seit Umänderung der Organisationsform in einen Zentralverband. Sie haben sich nicht nur bewährt, sondern sind dringend notwendig geworden, um zu den geplanten Bewegungen, zu unserer Tarifpolitik usw. Stellung zu nehmen. Die alljährlich ablaufenden Tarife, die angemeldeten Lohnbewegungen erfordern notwendig eine umfassende Ueberlicht, um gegebenen Falls richtig disponieren zu können. Das ist im Grunde genommen der Zweck solcher Konferenzen. Selbstverständlich haben die Zusammenkünfte nicht die Vollmacht, Änderungen, die nur Aufgabe der Generalversammlungen sind, vorzunehmen, sondern sie dienen nur dazu, um die Bestrebungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in tatsächlicher Beziehung mit der nötigen Umsicht zu verwirklichen. Daß nun aus solchen Konferenzen die Sonde der Kritik angefaßt wird, ja, alle wichtigen Fragen verkehrt werden, die momentan das Berufsleben betreffen, versteht sich am Ende. Die Teilnehmer an den Konferenzen sind auch die berufensten Vertreter dazu.

Auch in diesem Jahre machte sich eine Gauleiterkonferenz notwendig, die am 27. und 28. Februar im Volkshaus zu Leipzig stattfand. Zur Tagesordnung stand:

1. Die Bewegungen und Tarifabschlüsse 1910; 2. Die angemeldeten Lohnbewegungen und die ablaufenden Tarife im Jahre 1911; 3. Verbandsangelegenheiten.

Bertraten waren sämtliche Gauleiter, der Gesamtvorstand sowie sämtliche Mitglieder des Verbandsausschusses. Der Verbandsvorsitzende Kollege Starke ließ alle im verflochtenen Jahre erledigten Bewegungen Revue passieren, auch der Bauarbeiterausperrung wurde gedacht, bei der wir nicht unberücksichtigt in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Diskussion war eine ausgedehnte und erstreckte sich hauptsächlich auf die Bewegungen in Schlesien, Sachsen und dem Oberrhein. Der 2. Punkt der Tagesordnung, die Bewegungen vom 1911, nahm selbstredend die meiste Zeit der Konferenz in Anspruch. Eingehend wurde auch die Geschäftslage in der Steinindustrie einer Besprechung unterzogen, die in verschiedenen Bezirken den geplanten Bewegungen günstig ist. Die Erfahrungen der Gauleiter fallen hier besonders ins Gewicht und man muß gestehen, daß die Disposition und Umsicht, die entwickelt wurde, die andern Instanzen durchaus befriedigte und auch erfolgversprechend ist. Aus gewissen Gründen kann auf die Bewegungen und die Debatte nicht näher eingegangen werden. Unter Verbandsangelegenheiten würde der von den Pflastersteinindustriellen verlangte Schutzoll auf schwedisches Material besprochen. Der Gesamtvorstand hatte mit Rücksicht auf diesen Zoll die gewünschte Informationsreise nach den schwedischen Steinbruchgebieten durch den Redakteur Kollegen Staubinger gutgeheißen. Letzterer stigmatisierte noch einmal kurz unsere Stellungnahme zum Pflastersteinzoll und anschließend hieran seine Eindrücke in Schweden. Die Steingewinnung, Steintransport, Arbeitsmethode, Betriebs-einrichtung, Arbeitslöhne, Lebenshaltung der schwedischen Be-

rausgenossen wurden erörtert. Eine eingehende Schilderung erfolgt im „Steinarbeiter“. Ferner wurde beschlossen, daß im Laufe dieses Jahres nach drücklich Agitation betrieben wird, und gewünscht, daß hier und da der Vorstand mit eingreift. Kollege Lohse besprach die Agitation im 11. Gau und bemerkte unter anderem, daß er seine Ausführungen auf dem Verbandstag betreffs der Gauleitung (siehe Protokoll S. 110) nicht aufrechterhalten könne. Auch habe er damals die Auffassung gehabt, daß eine Zusammenlegung der beiden Gawe zu einem (10. und 11.) mit dem Sitz in Nürnberg praktisch sei und in diesem Sinne seien auch seine Ausführungen auf dem Verbandstag zu verstehen. Diese Zusammenlegung halte er heute auch nicht mehr für angebracht. Eingehend verbreitete sich Lohse über die Lage der Basaltarbeiter. Seine Ausführungen wurden von andern Gauleitern recht wirksam ergänzt. Nachdem noch einige Internia besprochen und Kollege Starke die geschilderten Debatten resümierte, war Schluß der anregenden Konferenz.

## Schöner Erfolg.

Aus Weinsberg und Schwäb.-Hall wird uns geschrieben: Die Firma Hermann Burrett hat in einer großen Reihe württembergischer Orte und in der Pfalz Steinbrüche und Steinbauereien. Bei den Kollegen hat sie sich einen Namen gemacht durch ihre willkürliche Lohnfestsetzung, bei den Unternehmern durch ihre außerordentlich niedrigen Submissions-offerten. Sehr oft mußten wir von den Unternehmern den Hinweis auf die Burrett'sche Konkurrenz gefallen lassen. Es war daher erklärlicherweise schon seit langem das Bestreben der Kollegen der Burrett'schen Betriebe, eine bestimmte Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Alle Versuche in dieser Richtung waren aber bisher von keinem Erfolg begleitet. Die Ursachen dieser Tatsache lagen in der weiten Zersplittertheit der Betriebe und nicht zuletzt in den mangelhaften Organisationsverhältnissen der Kollegen. Das lokale Vorgehen der Kollegen nur eines einzelnen Ortes war unter den Umständen aussichtslos. Die augenblickliche Geschäftslage im allgemeinen und insbesondere bei der Firma Burrett schienen einen günstigen Erfolg zu versprechen, und so wurde von den zurzeit maßgebenden Orten Weinsberg und Schwäbisch-Hall gemeinschaftlich ein Tarifvertrag vorgelegt, wie er in den benachbarten Zahlstellen bereits seit mehreren Jahren besteht. Entsprechend der allgemeinen bekannten Eigentümlichkeit des Herrn Burrett war es nicht möglich, eine mündliche Verhandlung zustande zu bringen, oder eine Antwort auf schriftliche Anfragen zu erhalten. Am Mittwoch, den 22. Februar, erfolgte daher die Arbeitsniederlegung, nachdem alle Versuche einer friedlichen Regelung erfolglos gewesen waren. Das Resultat der einmütigen Arbeitsniederlegung in beiden Orten war die Ansetzung einer Verhandlung auf Sonntag, den 26. Februar, in der auch die Anerkennung des vorgelegten Tarifs erfolgte. Der Stundenlohn beträgt jetzt 54 bis 60 Pfg. Dies entspricht nicht voll unsern berechtigten Wünschen und dem Lohn der übrigen Zahlstellen, wo der Minimallohn 55 Pfg. beträgt, doch darf nicht außer Acht gelassen werden, daß der bisherige Lohn weit unter diesem Satz gestanden hat, und vollständig willkürlich war.

Mit dem abgeschlossenen Tarifvertrag ist aber eine Grundlage geschaffen worden, auf der es möglich ist, eine allmähliche Verbesserung und einen Ausgleich mit den übrigen Tarifverträgen herbeizuführen. Vor allen Dingen wird es aber Sache der Kollegen sein, mit aller Entschiedenheit über die peinliche Einhaltung des Vertrages zu wachen. Es gilt, das Errungene auch zu festigen. Nicht das Stück unterschriebene Papier bringt die Erfüllung der Wünsche der Kollegen, sondern die Art und Weise, wie die Kollegen in ihrer Gesamtheit hinter dem Tarifverträge stehen. Erfreulicherweise hat sich aus Anlaß des Tarifabschlusses eine ansehnliche Anzahl Kollegen dem Verbands angegeschlossen, besonders in Schwäbisch-Hall und einem großen Steinbruch bei Heilbronn. Dies bietet uns die Gewähr, daß der Tarifabschluß nicht nur eine leere Form, sondern eine dauernde Errungenschaft bleiben wird. Unsere nächste Aufgabe muß nun sein, den letzten uns noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen, und vor allem auch innerlich unsere Reihen zu festigen. Dazu muß jeder einzelne mit Hand ans Werk legen und nicht den gewählten Vertrauensleuten alle Arbeit allein überlassen. Noch sind wir mit dem einen Tarifverträge nicht über den Berg. Viele Kollegen in der Umgebung harren noch einer bestimmten Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ist die augenblickliche Einigkeit und Begeisterung kein lautes Strohfeuer, so wird uns diese Aufgabe eine leichte sein.

Es soll aber an dieser Stelle nicht unterlassen werden, denen ein wohlverdientes Denkmal zu errichten, die es nicht unterlassen konnten, ihren Arbeitsbrüdern in den Klüden zu fallen. Die drei Steinbauer August Haß, Leonhard Hörner und Ludwig Analt, letzterer früher Vorsitzender der Zahlstelle, erschienen nicht in den letzten Versammlungen. Am Morgen des ersten Tages der Arbeitsniederlegung hielten sie auf Vorhaltung der Kollegen mit der Arbeit inne. Trotz aller Ermahnungen während des Vormittags standen sie am Nachmittag wieder an der Arbeit. Auch die festgesetzte Verhandlung konnte sie nicht bewegen, bis nach Verlauf derselben von der Arbeit fernzubleiben. Ja sogar noch mehr. Eine benachbarte Firma, die ein Interesse daran hatte, daß bei der Firma Burrett tariflich geregelte Verhältnisse eingeführt werden, und die erfahren hatte, daß die drei sich nicht an der Arbeitsniederlegung beteiligten, ließ ihnen mitteilen, daß sie sofort bei ihr anfangen könnten. Alles vergeblich. Erst als sie am Sonntag erfahren hatten, daß der Ausgang ein günstiger gewesen ist, erschienen sie in der Versammlung, „zur Rechtfertigung“, wie sie sagten. Es kann den Kollegen nicht verdracht werden, daß sie ihnen ziemlich energisch die Tür wiesen. Wir werden sie in gutem Andenken behalten. Für den Christlichen Kern- und Steinarbeiterverband bietet sich aber hier wieder eine günstige Gelegenheit, den Versuch zu unternehmen, die drei Ehrenmänner ihrem würdigen Verbänden einzuwerleiben, wie im Fabergau.

Erwähnenswert ist ferner noch, daß Herr Burrett bereits am 12. Februar an die Unternehmer schwarze Listen versandt hatte mit dem Ersuchen, die verzeichneten Arbeiter nicht einzustellen, resp. Eingestellte wieder zu entlassen. Zu diesem Zeitpunkt war der Vertrag erst eingereicht worden, und niemand dachte an Arbeitsniederlegung. Nebenbei gesagt, verheißt dieser Schwabenskreis seine Wirkung, denn von allen Seiten versicherten uns Unternehmer, daß sie im Falle einer Arbeitsniederlegung die Burrett'schen Arbeiter einstellen würden, und dies ist tatsächlich auch am ersten Tage der Arbeitsniederlegung geschehen. Interessant ist ferner, daß an der Bewegung beteiligt waren 42 Mann und auf der schwarzen Liste standen 63 Mann. Ein Beweis von außerordentlicher Gewissenhaftigkeit bei der Anwendung einer soch einschneidenden Maßregel. Schade, daß das Zuchtstrafgesetz nicht in Kraft getreten ist!

Aber vorwärts trotz alledem!!

## Korrespondenzen.

Herdecke. Am Sonntag, den 26. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Kramer den Rapport vom 4. Quartal 1910. Es zeigte sich hierbei, daß der Markenverkauf ganz erheblich gegen das vorige Quartal zurückgegangen ist. Der Kassierer legte den anwesenden Kollegen ans Herz, das Gesammte bald wieder nachzuholen. Dann fand die Wahl des Vorstandes statt. Derselbe ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender

Aug. Enselert, 2. Vorsitzender Joseph Dasing, Kassierer Konrad Kramer, Schriftführer Karl Poppe, Revisoren A. Klaus und Sylvester Lorenzetti. Da unter Punkt Beschriebenes nichts vorlag, wurde die nur mäßig besuchte Versammlung geschlossen. Die Monatsversammlungen finden, wie bisher, jeden zweiten Sonntag im Monat im Vereinslokal beim Wirt Ferd. Brenner morgens um 10 Uhr statt.

Leipzig. Die am 1. März im Volkshaus tagende Monatsversammlung besahe sich mit der Probeberechnung des Normaltarifs. Der Vertrauensmann teilte den Kollegen mit, daß die Werkstücke im Durchschnitt nach den Anrechnungen des Normaltarifs 12,7 Prozent weniger Arbeitslohn kosten, als wie nach dem hiesigen Tarif. Die Verhandlungen werden in nächster Zeit wieder stattfinden. Ueber die Tätigkeit der Bauarbeiter-Schutzkommission gibt Kollege Kömmel einen kurzen Bericht. Als Delegierte in diese Instanz wurden dann die Kollegen Lanz und Dippner gewählt. Unter Gewerkschaftlichen teilte der Vertrauensmann mit, daß den hiesigen Steinsetzmeistern ein Tarif am 20. Januar angefaßt wurde, da die Granitarbeiter meistens im Afford ausgeführt werden. (Die Steinsetzmeister übernehmen in Leipzig die Aufrichtungsarbeiten der Trottoirplatten.) Von der Ortsverwaltung wurde der Vorschlag gemacht, einen festen Satz für die Bewahrung eines Sozialzuschusses zu schaffen. Einem Antrag wurde zugestimmt, eine Extrarate in Höhe von 4 Mk. zu erheben. Diese wird in Raten von 50 Pfg. pro Woche bezahlt.

Seebach (Schwarzwaldb.). Von der Firma Granitwerke Seebach (J. Müller u. E. Ziegle) wird bei der Redaktion brieflich Protest erhoben gegen unsere Behauptung im Artikel „Steinarbeiter“ vom 31. Dezember 1910, daß deutsches Pflastersteinmaterial in schäpiger Bearbeitung nach Karlsruhe geliefert werde. Da die Firma selbst Material nach Karlsruhe geliefert hat und die aufgestellte Behauptung vollständig aus der Luft gegriffen sei, verlangt sie die Quelle der Behauptung und den Artikelschreiber zu erfahren.

Es ist bisher in der anständigen Presse nicht Sitte gewesen, Angaben der gewöhnlichen Art zu machen und sehen wir uns auch im vorliegenden Falle nicht veranlaßt, von diesem Gebrauche abzuweichen. Zudem haben nach Karlsruhe schon eine große Zahl Firmen Pflastersteine geliefert. Eine Firma besonders zu nennen, haben wir unterlassen und hatten auch gar keine Veranlassung dazu. Die Richtigkeit unserer Darstellung müssen wir im vollen Umfange anerkennen. Wir stützen uns dabei auf die Ausführungen des Vertreters der Stadt Karlsruhe in der Baukommission gelegentlich der Vergabe einer größeren Pflastersteinlieferung, der damit die Ausschaltung der Schwarzwalder Pflastersteinindustrie und die Uebertragung des Auftrags nach Schwaben begründete. Das Sitzungsprotokoll und einwandfreie Zeugen werden dies jederzeit bestätigen. Wir waren rück-sichtsvoll genug, den Namen der Firma nicht zu nennen und werden es auch jetzt nicht tun, weil es nicht besonders empfehlend wirken würde.

Im übrigen liegt die Schuld an der schäpigen Arbeit nicht an den Pflastersteinbauern. Bei der beanstandeten Lieferung waren eine große Anzahl Steine enthalten, die von ungelerten Arbeitern, die angeleitet werden sollten, herrührten. Es war nicht besonders klug von der betreffenden Firma, diese Steine, die erklärlicherweise nicht allen Ansprüchen genügen, mit zu verwenden. Die Folgen konnten nicht ausbleiben und zeigen sich in der Stellung des Karlsruher Stadtrats. Darüber sind sich auch einschätzende Unternehmer klar. Bei der Verhandlung über den ersten Schwarzwaldbauvertrag erklärte ein bedeutender Unternehmer: „Wir haben den Schwarzwaldbau in Verruf gebracht, weil wir von jeder mehr Wert auf niedrige Löhne, als auf gediegene Arbeit gelegt haben!“ Auch nach Abschluß dieses Tarifs ist es vorgekommen, daß Unternehmer den Arbeitern Vereinbarungen angeboten, nach denen der Tarifpreis für bestimmte Arbeiten herabgesetzt werden sollte und dafür die Arbeit nicht so peinlich ausgeführt werden brauchte. Diese kurzfristige und verderbliche Geschäftspraxis ist übrigens leider nicht nur im Schwarzwaldbau und in der Granitindustrie von den Unternehmern eingeschlagen worden, sondern vielfach üblich und trägt einen wesentlichen Teil der Schuld, daß das Naturmaterial durch Erbsmittel verdrängt worden ist.

Diese Tatsache ist von uns schon wiederholt kritisiert worden, ohne eine Firma dabei besonders zu nennen. Gemeint sind damit alle, die solchen unklugen Geschäftspraktiken huldigen. Auch im vorliegenden Falle sehen wir uns nicht veranlaßt, eine Firma besonders zu benennen, und zwar im eigenen Interesse derselben. Eine Veranlassung, sich betroffen zu fühlen, liegt für die Seebacher Granitwerke nicht vor. Sollte sie ein Interesse haben, den Namen der Firma zu erfahren, so wendet sie sich am besten wohl an Herrn Tiefbaumeister Blum & Neff in Karlsruhe, der über die Angelegenheit am besten unterrichtet ist.

Die Seebacher Granitwerke finden weiter Betanlassung, eine Nichtstellung zu verlangen. Vor 3 Wochen brachten wir einen Artikel über die Submissionsdifferenzen in der Granitindustrie. Wir nahmen auf eine P o r z h e i m e r Ausschreibung Bezug und schrieben, daß u. a. folgende Angebote eingingen:

1. Klasse	1.00 Mk. pro qm	2. Klasse	0.80 Mk. pro qm
Granitwerke Seebach	0.40 Mk. pro qm	Bayerische Granit A. G.	1.10 Mk. pro qm

Dabei ist uns ein unbedeutender lapsus unterlaufen, die Ziffern für die Bayerische Granitwerkengesellschaft sind verstellt wiedergegeben. Diese Firma verlangte für die 1. Klasse 10 Mk. und für die 2. Klasse 11 Mk. pro Quadratmeter. (Die Steine 2. Klasse haben kleine Ausmaße, deshalb wohl der höhere Preis.) — Die Seebacher Granitwerke hätten eigentlich kein Recht, für eine andere Firma zu berücksichtigen, und aus der ganzen Zuschrift weht der Geist der Kleinlichkeit. — Auf der Hauptversammlung der Granitindustriellen wurde ja erst kürzlich festgestellt, daß sogar die Unternehmerpetitionen an hohe Reichsbehörden mitunter sehr ungenau sind. In dem Artikel der Nr. 6 haben wir mit Ziffern belegt, welche ungeheure Preisunterbietungen vorkommen, da hätten die Granitwerke in Seebach schon mitteilen können, ob sie eine solche bedauernswerte Konkurrenz billigen.

Dehlar. Am 26. Februar fand im Hoferkasten eine mäßig besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Der Kassierer gab den Rapport vom 4. Quartal 1910, woraus zu ersehen war, daß sich Lage und Bücher in bester Ordnung befinden. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Bei der Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt, was beweist, daß er das volle Vertrauen der Kollegen besitzt. Des weiteren gab der Kartelldelegierte den Jahresbericht bekannt, welchem in den wesentlichsten Punkten zugestimmt wurde. Ferner wurde beschlossen, die nächste Versammlung, welche am 14. März stattfindet, und zu der Kollege Staubinger erscheinen wird, als eine rechte Agitationsversammlung vorzubereiten. In hiesiger Zahlstelle ist noch viel in der Agitation zu tun. Aber unermüdet müssen wir in Zukunft darangehen, die Kleinarbeit zu betreiben. Wenn wir die rührige Ortsverwaltung unterstützen wollen, dann müssen wir besonders einen eifrigen Versammlungsbesuch pflegen.

## Literarisches.

Gewerbe- und Bauunfallversicherung. Ein leichtverständliches Hand- und Hilfsbuch für Gewerbetreibende, Baumeister und Bauführer, Bautechniker, Bauunternehmer, Werkmeister, Betriebsbeamte und Arbeiter. Preis 1 Mk., Kartoniert 1.50 Mk. Porto 20 Pfg. Verlagsanstalt W. Kramer u. Co., Frankfurt a. M.-B.